

41. Jahrgang • Heft 3/2002

Herausgeber:

Innenministerium NRW



**IM NRW –  
Minister besucht  
PP Recklinghausen**

**API Kamen –  
Lernen vom anderen,  
„Forum Praxis“**

**Polizei NRW/DEA –  
Bekämpfung der  
Organisierten  
Kriminalität  
(Teil 2)**

**IM NRW –  
Änderung § 34 a PolG**

## STELLENAUSSCHREIBUNG

# „Der Einsatz von Fluggerät bei der Polizei des Landes NRW ist unverzichtbar“\*)

**\*) Innenminister Fritz Behrens  
bei der Pressekonferenz  
vom 24. 9. 1999 in den Räumen der  
Polizeifliegerstaffel NRW  
in Dortmund**

Das Landeskriminalamt sucht für die Flugeinsatzgruppen der Polizeifliegerstaffel in Dortmund und Düsseldorf Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte mit II. Fachprüfung für die Ausbildung als Berufshubschrauberführer(in). Das spätere Aufgabenspektrum umfasst insbesondere:

- Fahndungseinsätze mit Hubschraubern und Flugzeugen rund um die Uhr in Fällen der Schwerekriminalität und der Gefahrenabwehr
- Unterstützung der Spezialeinheiten der Polizei bei Zugriffs- und Observationseinsätzen
- Einsatz modernster operativer Technik, beispielsweise Wärmebildkameras
- Aufklärung, Dokumentation und Beweissicherung mit neuestem Foto-, Video- und Fernsehübertragungsgerät

Interessenten finden alles Weitere zu Bewerbung, Voraussetzungen und Auswahlverfahren in den Ausschreibungen per X.400, im Intranet der Polizei NRW oder telefonisch bei der Führungsstelle der PFSt, Kollege Fritz Pfau oder Heiko Durke, 07-2 24-64 42 (02 11/9 39-64 42).





## Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor dem Druck dieser Ausgabe erreichte die Redaktion eine wichtige und gleichermaßen erfreuliche Meldung.

Nordrhein-Westfalen stellt den neuen Leiter der internationalen Polizei im Kosovo. Der 43-jährige Leitende Polizeidirektor Stefan Feller wurde von den Vereinten Nationen (UN) für ein Jahr zum neuen Police-Commissioner ernannt. „Die Berufung ist zugleich eine hohe Auszeichnung für die gesamte nordrhein-westfälische Polizei und Anerkennung ihres erfolgreichen Einsatzes im Kosovo“, begrüßte Innenminister Dr. Fritz Behrens die Entscheidung der UN vom 27. Februar.



Innenminister Dr. Fritz Behrens und Inspekteur der Polizei NRW Dieter Glietsch wünschen dem neuen Commissioner Stefan Feller Erfolg und eine glückliche Hand bei seiner schwierigen Arbeit.

Sein neues Amt als Chef von rund 4 500 Polizistinnen und Polizisten der „United Nations Interim Administration Mission in Kosovo“ (UNMIK) tritt Stefan Feller in den nächsten Tagen an. Stefan Feller war zuletzt im Einsatzreferat des nordrhein-westfälischen Innenministeriums tätig. Er hat bereits im Jahr 2000 Erfahrungen als Vertreter des Commissioners im Kosovo gesammelt. Die UNMIK ist die zivile Interimsverwaltung im Kosovo. Vorrangige Aufgabe des UNMIK-Police-Commissioners ist der Aufbau einer modernen, demokratischen kosovarischen Polizei.

## Ihre Redaktion „Streife“

Internet: [www.streife-online.nrw.de](http://www.streife-online.nrw.de)

E-Mail: [streife@im.nrw.de](mailto:streife@im.nrw.de)

**Nahe am Geschehen –  
Ministerbesuch in  
Recklinghausen** 4

**PFI Neuss –  
Polizeiliche  
Prävention** 10

**Polizei Herford –  
Bericht der  
Sonderkommission  
„Klinik“** 12

**IM NRW –  
Gewalt ist kein  
Privatsache,  
§ 34 a PolG** 14

**Steuerung und  
Führung –  
„Forum Praxis,  
Teil 3“** 17

**IM NRW –  
Verkehrsunfall-  
statistik 2001** 21

**PP Essen –  
Tag der Begegnung** 26

**PP Köln –  
Bekämpfung Rauschgift-  
kriminalität  
in den USA (Teil 2)** 28

**Rätsel** 34

**Impressum/Vorschau** 35



Fotos: Jochen Tack,  
Jan Potente,  
Yavuz Arslan





*Es ist nicht zu übersehen, die Polizei Recklinghausen erwartet „hohen“ Besuch. Vor dem Haupteingang ist der Parkstreifen abgesperrt und ein uniformierter Kollege streift im akkuraten Dienstanzug vor dem Präsidium.*

*Noch ist Innenminister Dr. Fritz Behrens nicht da, aber vor dem Konferenzraum haben sich bereits 30 Kolleginnen und Kollegen aus der gesamten Behörde versammelt. Sie zu treffen und mit ihnen offen die Dinge anzusprechen, die sie bewegen, darauf legt Innenminister Behrens großen Wert.*

Als er dann kommt, geht alles sehr schnell. Polizeipräsidentin Ursula Stegelmeier begrüßt neben dem Minister auch die ihn begleitende hochrangige Delegation aus dem Innenministerium. Minister Behrens macht deutlich, warum er die Polizei Recklinghausen besucht: „Ich bin gekommen, um mich über wichtige Projekte Ihrer Behörde zu informieren, nicht um Sie zu inspizieren. Die mich begleitende Delegation soll Sie nicht erschrecken, denn der Inspekteur Herr Glietsch, Herr Landeskriminaldirektor Brillo und Herr Ministerialrat Brungs begleiten mich, damit Ihre Ideen, Vor-

# ***Nahe am Geschehen –***

## ***Minister Behrens besucht das Polizeipräsidium Recklinghausen***





schläge aber auch Probleme direkt in die Fachabteilungen meines Hauses gelangen. Im letzten Jahr habe ich mehrere Polizeibehörden und Einrichtungen besucht, nach Recklinghausen beabsichtige ich die Informationsbesuche fortzusetzen.“

EPHK Busch, Leiter der Polizeihauptwache Gladbeck, beginnt nach der Begrüßung mit dem ersten Vortrag. Dabei geht es um die Neuorganisation im Polizeipräsidium Recklinghausen, die u. a. zu einer Umwandlung von 24-Std.-Wachen in Tageswachen (2-Schichtenmodell und Präsenzwachen) geführt hatte. Diese Änderungen wurden von der Bevölkerung und von Kommunalpolitikern als „Schließung ihrer Polizeiwache“ empfunden. Heftige Proteste und Initiativen in den betroffenen Städten und Gemeinden sowie auch zu einer besonders kritischen Beobachtung der polizeilichen Arbeit insgesamt waren die Folge. Aber dazu mehr von Herrn Busch.

### „Organisationsänderung im Wach- und Wechseldienst“

In den vier Polizeiinspektionen des Präsidiums wurden bis einschließlich August 2001 insgesamt 13 Wachen mit einem Rund-um-die-Uhr-Dienstbetrieb unterhalten. Zur Aufrechterhaltung eines geregelten Dienstbetriebes standen den kleineren Wachen in der Vergangenheit 29 bzw. 30 Beamte zur Verfügung. Diese alleine auf Grund der Organisationsstruktur notwendig gewordene Personalzuweisung ging zu Lasten der Wachen mit deutlich höherem Einsatzaufkommen (u. a. Gstellung der Alarmzugkräfte, Gewahrsamsdienste, Objektschutzdienste etc.). Das führte dazu, dass polizeiliche Präsenz und sonstige zielbezogene Arbeit, über den Bezirksdienst hinaus, nur sehr begrenzt geleistet werden konnten.

Im November 2000 wurde eine Projektgruppe mit der Organisationsuntersuchung des Wach- und Wechseldienstes der Polizeiinspektionen beauftragt. Ziel der Untersuchung war eine deutliche Optimierung der Aufgaben:

- Einsatzbewältigung,
- Präsenz und Prävention sowie
- der effektive und effiziente Einsatz des vorhandenen Personals.

Der Untersuchung wurden folgende Daten zu Grunde gelegt:

- Einsatzbelastung
- Kriminalitätsslage
- Verkehrsunfalllage
- Strukturdaten
- Weg-Zeit-Berechnung

Bei der Auswahl der verschiedenen in Betracht kommenden Wachdienstmodelle wurden zudem alle grundsätzlich möglichen Organisationsformen berücksichtigt.

Die Bewertung dieser Modelle erfolgte unter Berücksichtigung der Kriterien:

- zeitgerechte Einsatzerledigung
- Bürgernähe
- polizeiliche Erreichbarkeit vor Ort
- langfristige Bestandssicherheit der gewählten Organisationsform und Wirtschaftlichkeit

Bereits im Vorfeld und während des gesamten Projektes wurden die Bürgerinnen und Bürger, der Polizeibeirat, die Bürgermeister, der Landrat, die Aufsichtsbehörden, der Personalrat und die Bediensteten über die beabsichtigten Organisationsänderungen detailliert informiert.

Trotz rechtzeitiger und aktiver Öffentlichkeitsarbeit formierte sich erheblicher Widerstand in den Städten Dorsten, Haltern, Waltrop und Oer-Erkenschwick. In fast allen betroffenen Städten wurden Unterschriftenaktionen (in Waltrop circa

Er wolle sich informieren und nicht inspizieren, das machte Minister Behrens gegenüber den Kolleginnen und Kollegen in Recklinghausen deutlich. Fotos Gesamtartikel: Yavuz Arslan







**Kollege Busch von der PHW Gladbeck referierte zum Thema Organisationsänderungen.**

10 000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern) gegen die „Schließung ihrer Polizeiwachen“ gesammelt. Kontinuierlich stand das Polizeipräsidium Recklinghausen in der öffentlichen Kritik.

Schlagzeilen wie: „Versagen bei der ersten Belastungsprobe – Fehler bei der Neuorganisation, Großbrand zeigt Mängel auf“, sorgten für eine emotionale Diskussionsebene.

Um diese Situation zu entspannen und um den verständlichen Ängsten der Bürgerinnen und Bürger zu begegnen, ging die Polizei Recklinghausen mit Gesprächs- und Informationsangeboten in die kommunalen Gremien und Bürgerversammlungen.

Die Polizeiwachen Haltern, Dorsten-Wulfen und Recklinghausen-Süd wurden schließlich zu Tageswachen (2-Schichten-Modell) umgewandelt. In den Städten Waltrop und Oer-Erkenschwick wurden Polizeipräsenzdienststellen eingerichtet, die jeweils mit acht Beamten zur Tageszeit die Erreichbarkeit der Polizei vor Ort (Anzeigenaufnahme, Publikumsverkehr) sowie eine verstärkte polizeiliche Präsenz gewährleisten.

Die Einsatzbewältigung erfolgt zentral durch die Polizeiwache Datteln.

Polizeipräsidentin Ursula Stegelmeyer erklärt in diesem Zusammenhang, dass die neue Organisationsstruktur ständig hinsichtlich ihrer Effizienz überprüft wird, aber es für eine abschließende Bewertung noch zu früh sei.

Dennoch, das Ziel zusätzliche Polizeikräfte für die Straße zu gewinnen, ist erreicht worden. Die erhöhte sichtbare polizeiliche Präsenz wird grundsätzlich durch die Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen und begrüßt.

Minister Behrens stärkt der Behörde Recklinghausen den Rücken: „Die Teilschließung der Wachen war ‚der richtige Weg‘, die Neuorganisation des Wach- und Wechseldienstes wird sich bewähren.“

Im Anschluss referiert PHK Schäfer von der Projektgruppe IGV-P zum Thema:

**„Pilotierung von IGV-P beim PP Recklinghausen“ – ein wichtiger Schritt zur Verwaltungsmodernisierung**

Beim Polizeipräsidium Recklinghausen wird als Landesprojekt in Zusammenarbeit mit den ZPD NRW das „Integrationsverfahren-Polizei“, kurz IGV-P, in Kooperation mit den Bundesländern Bayern und Thüringen pilotiert.

IGV-P ist eine datenbankgestützte Anwendung, mit der sämtliche polizeiliche Ermittlungsvorgänge effektiver und effizienter erfasst, bearbeitet und verwaltet werden können. Tagebuchnummern werden automatisiert vergeben, die zusätzliche Erfassung in ZVV oder VVV entfällt. Die einmal erfassten Daten können in beliebige Formulare übernommen und durch die Sachbearbeitung weiter genutzt werden. Statistikdaten (PKS und VUD 100) werden automatisiert im Hintergrund erzeugt. Vordefinierte Standardfälle verkürzen die Erfassungszeit zusätzlich.

Voraussetzung für den Einsatz von IGV-P waren die Vollvernetzung der Behörde und mehrtägige Schulungen. In mehreren Informationsveranstaltungen wurden die Mitarbeiter über den Einsatz von IGV-P informiert. Zum Ende des Jahres 2002 wird IGV-P in der gesamten Behörde im Echtbetrieb eingesetzt sein. Weitere Informationen finden Sie auf den Intranet-Seiten des Polizeipräsidioms Recklinghausen.

**Die Kollegen Marwig und Schäfer im Zwiegespräch mit Herrn Minister.**





**KHK Schäfer**  
**referierte**  
**zum**  
**Thema IGV-P.**

für den Ressourceneinsatz zunehmend durch ministerielle Standards erschwert wird.

Nach den eigenen Erfahrungen ist gerade bei enger werdender Personaldecke eine flexible Gestaltung des Kräfteinsatzes von herausragender Bedeutung. Im Bereich des Sachmitteleinsatzes hat das Polizeipräsidium Recklinghausen bereits

Hinweis der Redaktion: Zum Thema IGV-P wird die „Streifen“ in einer der nächsten Ausgaben einen ausführlichen Artikel veröffentlichen.

ORR'in Schulte-Althoff, VL 2, stellt die Notwendigkeit zur Flexibilisierung am Beispiel von Steuerungsprozessen beim PP Recklinghausen dar.

**„Die Umsetzung dezentraler Ergebnisverantwortung“**

Die BKV-Zahlen entwickeln sich Dank guter Kriminalitätszahlen für das Polizeipräsidium Recklinghausen negativ, mit der Konsequenz, dass die Personalentwicklung rückläufig ist.

Hinzu kommt eine auf soziale Errungenschaften wie Erziehungsurlaub und Altersteilzeit, aber auch auf vom Land gesteuerte Abordnungen und weiteren

Gründen basierende Abwesenheit von Mitarbeitern.

Verschärft wird die Situation durch die strukturellen Gegebenheiten im Bereich des Polizeipräsidiums Recklinghausen. Elf selbstbewusste Städte fordern „ihre“ Wache und sehen es bereits als Verlust an, wenn „ihre“ Wache nachts nicht mehr besetzt ist.

Das Polizeipräsidium Recklinghausen hat im letzten Jahr trotz starker emotionaler Widerstände die Organisation des Wach- und Wechseldienstes im Vest restrukturiert, um für die erforderliche Polizeiarbeit über die Bewältigung des Einsatzgeschäfts hinaus personelle Kapazitäten für wichtige weitere Polizeiaufgaben wie Präsenz und Prävention zu schaffen. Gleichzeitig musste festgestellt werden, dass die Bemühungen um einen flexiblen Einsatz der dezentralen Verantwortung

**ORR'in**  
**Schulte-**  
**Althoff:**  
**Thema**  
**waren die**  
**BKV-Zahlen**  
**ihrer**  
**Behörde.**



unter Beweis gestellt, dass es verantwortungsvoll mit den ihm zugewiesenen Mitteln umzugehen vermag und gleichzeitig der Behörde einen deutlich erkennbaren Modernisierungsschub gibt.

*POK Swigons Referat* ▶

<b>Bismarckstr.40, 41061 Mönchengladbach</b> <b>Tel./Fax: 02161-809650</b> <b>e-mail: cop.MG@T-Online.de</b>		 <b>Ausrüstung, Schutzwesten und Bekleidung</b> <b>für Polizei, Militär und Sicherheitsdienste</b>		 <b>Rathausstr.2, 52525 Heinsberg</b> <b>Tel./Fax: 02452-2600</b> <b>e-mail: Waffen-Esser@web.de</b>	
<b>♣ Sonderangebote März 2002 ♣</b>					
<p><b>MAGNUM Defender Lo Leder</b></p>  <p><b>Art.Nr.: 8755</b>            Dienst-Halbschuh mit Obermaterial aus Glatledor TEXON-Zwischenschle mit Leichtstahlplatte; abriebsteife Außenschle, Fersenstabilisator            Farbe: schwarz            Größen: 37 – 47  <b>Sonderpreis: 49,90 €</b></p>	<p><b>Einsatzstiefel MAGNUM Leder</b></p>  <p><b>Art. Nr. 8775</b>            Obermaterial: schwarzes Leder, Schnellschnürung; Thermoisolierung, auswechselbare Innenschle, Zwischenschle mit Leichtstahlplatte; abriebsteife Außenschle.            Farbe: schwarz            Größen: 38 – 47  <b>Sonderpreis: 84,90 €</b></p>	<p><b>Poll L1 - LED Taschenleuchte</b></p>  <p><b>Art.-Nr. 16LI-S (schwarz)</b>  <b>Art.-Nr. 16LI-G (gelb)</b>            Für 4 Stück LR44-Knopfzellen            Länge: 7 cm, Ø 2,1 cm,            Gewicht inkl. 4 Stück Knopfzellen (LR44) nur 25 g;            Eine Powerlampe im MiniFormat!            Arretierbarer Ein-/Ausschalter am Lampenende            Leuchtdauer: ca. 130 h!            Lebensdauer der LED: ca. 10.000 h            Leuchtkraft: 6000 Kerzensterken bzw. 9 Lumen  <b>Sonderpreis: 12,90 €</b></p>	<p><b>Einsatz- und Zugriffshandschuh „SEK Bayern“</b></p>  <p><b>Art.Nr.: 320200</b>            schwarz, Gr. XS - XXXL, &gt; ohne Innenfutter!            ➔ Handschuh färbt zunächst ab, da keine Halbar-machung der Farbe mittels gesundheits-schädlicher Substanzen, Glatledor im Bereich des Handrückens, Innenseite aus Wildleder für optimalen Griff            Protektoren im Bereich des Handrückens und der Finger  <b>Sonderpreis: 22,50 €</b></p>	<p><b>Klett-Fesselband</b></p>  <p><b>Art.Nr.: 310 900</b>            kann auch als Fußfessel verwendet werden, ist bereits bei verschiedenen Zugriffseinheiten im Einsatz; ist wiederverwendbar und damit die Alternative zur Plastfessel; sitzt bombenfest, maschinenwaschbar bei 30°  <b>Sonderpreis: 4,49 €</b></p>	<p><b>COP® Polizei Dienst-Jeans „Classic“</b></p>  <p><b>Art. Nr. 3-HJ</b>            klassischer Jeans-Schnitt „Five Pocket Jeans“ in erstklassiger Qualität, 100% Baumwolle            Bei Bestellung bitte LS-Größen angeben: z. B. 32/32  <b>Sonderpreis: 29,90 €</b></p>



*„Die Polizei übernimmt eine Patenschaft für eine Kreuzung“*

ist der letzte Vortrag im Rahmen dieses Besuches.

Ziel dieser Patenschaft sollte es sein, die Ursachen für die häufigen Verkehrsunfälle an dieser Kreuzung herauszufinden und anschließend auf der Basis der Erkenntnisse diese zu beseitigen.

**POK Swigon informierte über seine Patenschaft für eine Kreuzung.**



bedarf ergaben, konzentrierten sich die polizeilichen Tätigkeiten in der Folge auf mehrmals in der Woche durchzuführende Geschwindigkeitskontrollen mit einem

auf ein ausgeprägtes „egoistisches Verkehrsverhalten“ schließen ließen.

Das Ziel des Projektes, einen Grund für die Unfallohäufigkeit dieser Kreuzung zu erfahren, wurde erreicht. Die Erkenntnis zeigt, dass das Verhalten der Verkehrsteilnehmer Hauptursache für die Verkehrsunfälle ist und repressive Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Unfälle einen hohen Stellenwert besitzen müssen.

*In der abschließenden Diskussionsrunde richten Kolleginnen und Kollegen Fragen an den Minister und seine Begleiter.*

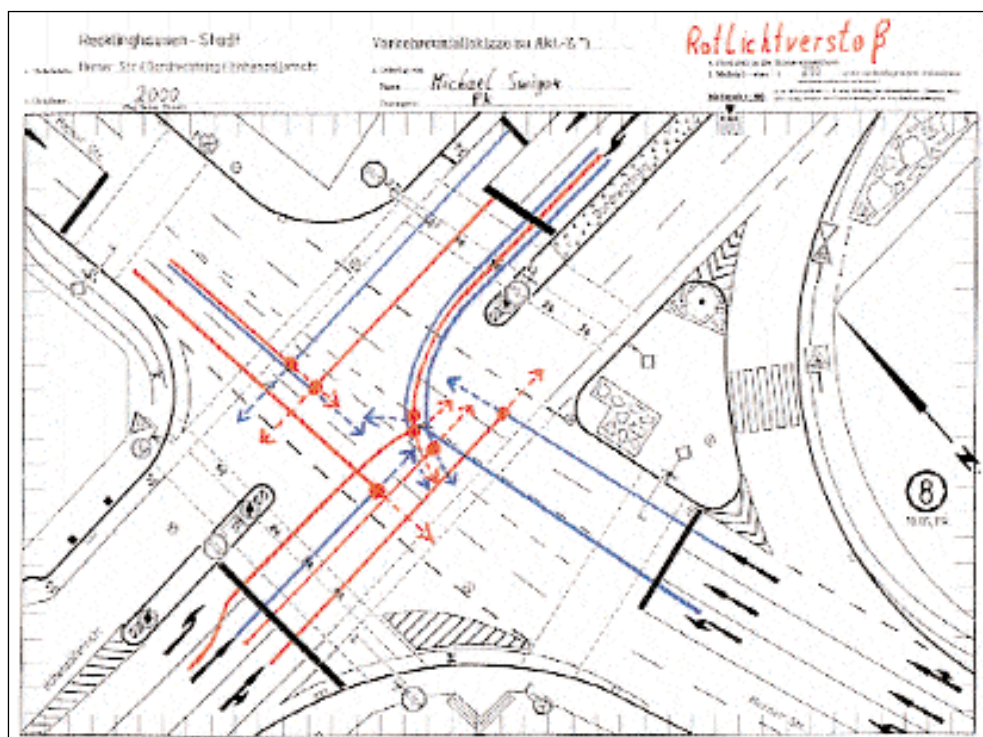
So erfragt zum Beispiel PK'in Guhe (BPHu.) aktuelle Infos zur Ausstattung der Hundertschaften.

Laut Ministerialrat Johannes Brungs erfolgt die Ausstattung aller Hundertschaften mit der Körperschutzausstattung (leicht mit Innenpolsterung) noch in diesem Jahr. Die „Bundeshundertschaften“ werden gemäß Planung des BMI bis zum 1. 4. 2002 ihre Ausstattung erhalten haben.

Die Beschaffung neuer Einsatzanzüge (3200 Stück, Art und Material auf Vorschlag einer Projektgruppe) ist eingeleitet worden. Diese Beschaffung ist unabhängig von der zur Zeit anliegenden „Vergabebeschwerde“ eingeleitet worden, die einen Kauf im Jahr 2001 verhindert hatte.

Die Einsatzhundertschaften erhalten zudem noch in diesem Jahr weitere 77 Halbgruppenfahrzeuge des Typs VW T4.

*Redaktion*



Zwei Beamte des Verkehrsdienstes übernahmen die Aufgabe und werteten alle Unfallanzeigen zur Kreuzung aus. Die Analyse gab Aufschluss über besondere Auffälligkeiten zu den Fragen der Verkehrsdichte, der baulichen Gegebenheiten, der verkehrlichen Regelungen sowie dem Verhalten der Verkehrsteilnehmer. Mit Beginn der Überprüfungen vor Ort wurde neben den zuständigen Fachämtern der Stadt auch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einbezogen. Da die Überprüfungen der baulichen Gegebenheiten und verkehrlichen Regelungen keinen umfassenderen Handlungs-

Lasegerät. Kontrolliert wurden ferner das Nichtbeachten des Rotlichtes von Lichtzeichenanlagen, die Fehler beim Abbiegen und Fahrstreifenwechsel sowie das falsche Verhalten an Fußgängerüberwegen.

Überraschend stellte sich bei diesen Maßnahmen heraus, dass eine Vielzahl von Verkehrsteilnehmern – zu den Motiven ihrer Verstöße befragt – nicht die baulichen Verhältnisse oder verkehrlichen Regelungen als Ursache angaben, sondern Angaben machten, die entweder auf Konzentrationsschwächen oder aber – und das zu einem nicht geringen Teil –



## Personal- verstärkungen am 1. April

*Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 in New York hat die Landesregierung für die Polizei und den Verfassungsschutz 226 zusätzliche Planstellen und 43 Angestelltenstellen im Jahr 2002 und weitere 190 Stellen im Jahr 2003 bereitgestellt.*

*Neben der Verstärkung des Verfassungsschutzes soll damit die Belastung der Polizeibehörden im Bereich des Personen- und Objektschutzes ausgeglichen sowie der polizeiliche Staatsschutz und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität personell verstärkt werden.*

Da zusätzlich eingestellte Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen erst nach Abschluss der Ausbildung im Jahr 2005 zur Verfügung stehen werden, können auf den Beamtenplanstellen bis dahin auch Angestellte eingestellt werden.

Zum 1. 4. 2002 wird folgende Regelung umgesetzt:

- Kreispolizeibehörden, die Beamtinnen und Beamte zum Verfassungsschutz oder LKA abgeben, erhalten diese frei werdenden Planstellen im Verhältnis 1:1 zum 1. 4. 2002 nachersetzt.
- Den Bezirksregierungen Düsseldorf und Arnsberg werden aus dem Nachersatz Beamtinnen und Beamte zugewiesen, die sie zum Ausgleich für veränderte Belastungen mit Schutzmaßnahmen (SM 1 – 3 gem. PDV 129) benötigen.

Die Bezirksregierungen entscheiden im Rahmen ihrer Quote, wo Polizeivollzugsbeamten oder -beamtinnen erforderlich sind und in welchen Behörden mit der Zuweisung von Angestellten Polizeivollzugskräfte aus Verwaltungsfunktionen herausgelöst werden. ■

## TERMINE

### Polizei-Landesmeisterschaften 2002

Erlass vom 29. 10. 2001 – 46.2 – 4172 – im Jahre 2002 werden Polizei-Landesmeisterschaften (PLM) wie folgt ausgetragen:  
Fußball (Frauen), PSV Hagen, September 2002  
Handball (Männer), PSPV Minden, 16. 4. 2002  
Radsport, PSV Gelsenkirchen, 13. 6. 2002  
Tennis, PSV Köln, 4. – 6. 9. 2002

### Polizei-Sportbildungsstätte, Sportlehrgänge 2002/1. Halbjahr

Sport-/Übungsleiter I, 9A01-01, Ziff. 11  
1.) 3. 6. – 28. 6. 2002  
Sport-/Übungsleiter II, Aufbau-Allgemein, 9A02-01, Ziff. 2  
1.) 6. 5. – 8. 5. 2002  
2.) 21. 5. – 24. 5. 2002  
Sport-/Übungsleiter II, Schwerpunkt: Ausdauer, 9A02-02, Ziff. 3  
17. 6. – 21. 6. 2002

Sport-/Übungsleiter II, Schwerpunkt: Gesundheitssport, 9A02-04, Ziff. 4  
8. 4. – 19. 4. 2002  
Sport-/Übungsleiter II – nur BPH –, 9A02-06, Ziff. 5  
27. 5. – 29. 5. 2002  
Sport-/Übungsleiter II, Grundlagen-training, SV 9A02-07, Ziff. 6  
4. 2. – 8. 2. 2002  
Fitness-/Gesundheitssport bis 43 Jahre, 9B01-01, Ziff. 7  
15. 4. – 19. 4. 2002  
Fitness-/Gesundheitssport 44 – 54 Jahre, 9B01-03, Ziff. 9 1  
18. 3. – 22. 3. 2002  
Fitness-/Gesundheitssport ab 55 Jahre, 9B01-04, Ziff. 10  
13. 5. – 17. 5. 2002  
Rückenschule, 9B01-05, Ziff. 11  
10. 6. – 14. 6. 2002  
Fitness-/Gesundheitssport – Schwerbehinderte, 9B01-07, Ziff. 12  
22. 4. – 26. 4. 2002



### Hamburg-Mannheimer

## Beamten-/Angestellten-Darlehen

*Für Sie, unsere Beamte auf Lebenszeit, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, haben wir spezielle Darlehens-Programme. Zum Beispiel Festzinsen ab 5,95 % und effektive Jahreszinsen ab 6,42 %. In unserem InfoBüro erhalten Sie weitere schnelle und kompetente Lösungen.*

Beispiel ❶ 30-jähriger Beamter auf Lebenszeit  
Festzins 6,35 %, effektiver Jahreszins 6,97 %, Laufzeit 20 Jahre.  
30 000 € = monatlich 271,25 €, inkl. Lebensversicherung  
50 000 € = monatlich 449,58 €, inkl. Lebensversicherung

Beispiel ❷ 30-jähriger Angestellter, Beamter a. P. oder Arbeiter  
Festzins 6,80 %, effektiver Jahreszins 7,37 %, Laufzeit 15 Jahre.  
25 000 € = monatlich 235,42 €, inkl. Lebensversicherung

### Generalagentur Jürgen Jäckel und Marco Hausmann:

Hannover: Wieselweg 7\_30900 Wedemark\_fax 0 51 30.79 03 95  
Hamburg: Rathausallee 27\_22846 Norderstedt\_fax 0 40.52 19 39 07  
Berlin: Wittestraße 30k\_13509 Berlin\_fax 0 30.43 57 24 91  
Besuchen Sie uns auch im Internet: [www.hm-darlehen.de](http://www.hm-darlehen.de)

**Neu** InfoBüro 0 800.77 88 000

Von 8 bis 20 Uhr gebührenfrei, direkt und bundesweit



# Polizeiliche Prävention im PFI Neuss in einer Hand

***Um den Stellenwert der Prävention auch im Bereich der Fortbildung zu stärken, hat das Polizeifortbildungsinstitut Neuss die Bereiche Kriminalitätsvorbeugung und Verkehrssicherheitsberatung zusammengeführt. Die Änderung folgte damit der Neuorganisation in den Kreispolizeibehörden, wo bereits 1997 die beiden Bereiche zum Kommissariat Vorbeugung zusammengefasst wurden.***

In den Kreispolizeibehörden hat sich zwischenzeitlich ein selbstverständliches Miteinander und eine themen- und zielgruppenbezogene Zusammenarbeit von Kriminalitätsvorbeugung und Verkehrssicherheitsberatung entwickelt. So gibt es z. B. bei der Zielgruppe der „Jungen Er-

wachsenen“ Gemeinsamkeiten bei den Themen „Alkohol/Drogen im Straßenverkehr“ und „Suchtprävention“.

Die Ursachen von Verkehrsunfällen und Kriminalität sind nicht allein von der Polizei zu beeinflussen, vielmehr handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Gelingen jeder einzelne Bürger sowie die öffentlichen Stellen und die privaten Einrichtungen beitragen müssen. Deshalb bedarf es in beiden Bereichen einer Koordination und Kooperation zwischen der Polizei und beispielsweise Kommunalverwaltungen, Vereinen, Verbänden, Schulen, Kindergärten, Familien und Medien. Auch in den Vermittlungsmethoden und der Öffentlichkeitsarbeit gibt es zahlreiche Berührungspunkte. Da viele Aufgabenfelder der Prä-

vention in den Polizeibehörden mittlerweile gemeinsam wahrgenommen werden und für bestimmte Zielgruppen ganzheitliche Konzepte entwickelt worden sind, war es nur konsequent, auch in der Fortbildung die Vorbeugung ganzheitlich zu betrachten und die dadurch entstehenden Synergie-Effekte zu nutzen. Dem trägt die Zusammenführung der beiden Präventionsbereiche im Dezernat Fortbildung 2.2 des PFI Neuss Rechnung. Das Fortbildungsangebot des Dezernates umfasst derzeit folgende Fortbildungsprodukte:

- Grundlagen der Prävention
- Zielgruppenspezifische Verkehrserziehung/Verkehrsaufklärung (Kindergarten, Schule, Erwachsene, Senioren)
- Technische Prävention
- Gewaltprävention
- Suchtprävention
- Sonstige Verhaltensprävention
- Sonstige Verkehrserziehung/Verkehrsaufklärung (z. B. Puppenspiel)

## ***Opferschutz***

Zu den weiteren Aufgaben gehören u. a. die Organisation und Durchführung von Fachkongressen, das Erstellen von Handbüchern, wie beispielsweise zum polizeilichen Opferschutz, das Auswerten von Medienbeiträgen sowie die Beobachtung der Entwicklung des Verkehrsrechts. Künftig wird ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt das Erbringen von Serviceleistungen für die Polizeibehörden und -einrichtungen sein. Für den verkehrspolizeilichen Bereich sind dazu mit Erlass des Innenministeriums vom 20. September 2001 – 41.3/46.2 – 6210 – die bisher durch die Polizeifortbildungsinstitute Neuss und Münster getrennt wahrgenommenen Aufgabenfelder Verkehrserziehung, Verkehrsaufklärung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Verkehrsüberwachung



in einer „Beratungsstelle für Verkehrssicherheit“ beim PFI Neuss zusammengefasst worden.

Neben der Beobachtung des Verkehrsrechts erfolgt dort künftig insbesondere die Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse und gerichtlicher Entscheidungen, die für die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit Bedeutung haben. Darüber hinaus wird die Beratungsstelle auch Aspekte der Kriminalitätsverbeugung bei der Verkehrssicherheitsarbeit und der Kriminalitätsbekämpfung im Zusammenhang mit der Verkehrsüberwachung bei ihrer Aufgabenwahrnehmung berücksichtigen.

Im Rahmen der genannten Aufgabenfelder werden durch Kooperation mit den Polizeibehörden, anderen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit sowie Universitäten, Forschungsgesellschaften und sonstigen Institutionen Informationen gesammelt und auf Verwertbarkeit für die polizeiliche Arbeit hin überprüft. Die Beratungsstelle wird unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen zentrale verkehrspolizeiliche Projekte initiieren und auf Anfrage Behörden bei regionalen oder örtlichen Projekten beraten.

In der im Intranet der Polizei NRW durch das PFI Neuss betreuten „Infobörse“ sollen Informationen zu Verkehrsthemen

den Polizeibehörden zeitnah zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist das PFI Neuss auf die Mithilfe und die Initiativen der Polizeibehörden angewiesen. Neben aktuellen Informationen können dort auch behördeneigene Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit eingestellt werden. Dies setzt

Wenn auch der von den Polizeibehörden geforderte und tendenziell steigende Fortbildungsbedarf zwangsläufig personelle Ressourcen bindet, so wird sich das Dezernat FB 2.2 bemühen, noch mehr als bisher eine Servicedienststelle für Fragen der Prävention zu sein. Erreichbar ist das Dezernat wie folgt:

**Schulwegbegehung  
mit Kindern  
und Eltern, ein  
beispielhaftes  
Verkehrspräventionsprojekt aus  
Krefeld.**



allerdings voraus, dass die Beiträge dem PFI Neuss im HTLM-Format angeliefert werden. Bezüglich der Formatierung werden die Fachkräfte der Abteilung VL in den Polizeibehörden sicherlich gerne behilflich sein.

Derzeit stehen dem Dezernat sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Verfü-

Telefon: 0 21 31/17 52 31-2 33 oder  
07/22 52 31-2 33  
0 21 31/17 52 21-2 23 oder  
07/22 52 21-2 23  
Telefax: 0 21 31/17 52 09 oder  
07/22 52 09

**E-Mail: [verkehrsberatungsstelle@neuss-pfi.polizei.nrw.de](mailto:verkehrsberatungsstelle@neuss-pfi.polizei.nrw.de)**

**Darlehen supergünstig Festzins ab <sup>\*1)</sup> 4,06% effektiver Jahreszins  
Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter**

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. B.a.L. od. DO-Angest., 35 Jahre, 12 Jahre Laufzeit, bei 30000,- €, mtl. \*315,- €, bei 60000,- €, \*630,- € Rate, \*jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie, Festzinsgarantie ges. Laufzeit ab Nominal 5,45%, effektiver Jahreszins ab 6,25%, b. 12 Jahre. Superangebote auch zu Lfz. 20 Jahre und 25 Jahre, Kürzere Laufzeit bei Gewinnanteilsverrechnung. <sup>\*1)</sup> Extradarlehen Festzins ges. Laufzeit ca. 10 Jahre ab 4,06% effektiver Jahreszins mit neuem Bausparvertrag, Supergünstige Annuitätendarlehen, Beleihung max. 100%, Schulafreie Eurokredite bis 100000,- € mit Tilgungsversicherung, Vorfinanzierung der Eigenheimzulage. Gute Angebote an Angestellte/Arbeiter/ö.D. Sprechen Sie vertrauensvoll mit uns. AK-Finanz wählen – eine clevere Entscheidung. Beamtenkredite und mehr – testen auch Sie unsere Leistungsfähigkeit.

**Ja!** Bitte jetzt Info anfordern. Mein Wunsch: \_\_\_\_\_ DM  
Name: \_\_\_\_\_ **keinerlei Vermittlungskosten**  
Straße: \_\_\_\_\_ **Beraterkompetenz mit über 30jähriger Erfahrung**  
Ort: \_\_\_\_\_ **Internet: [www.ak-finanz.de](http://www.ak-finanz.de)**

**Info und Sofortangebote**  
unter Servicenummer  
**0800/1000 500**  
**Zum Nulltarif!**

**Darlehenspartner für öffentlich Bedienstete und Beamte, wir wählen für Sie supergünstige Möglichkeiten aus.**  
**AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen,**  
**Faxabruf: (06 21) 62 86 09, Telefon: (06 21) 51 10 31, Telefax: (06 21) 51 94 88.**  
**Bundesweiter unverbindlicher Beratungsservice z. Nulltarif. Info per Post/Tel.**

# Vierjährige sexuell missbraucht

## Sonderkommission „Klinik“ der Polizei Herford meldet raschen Fahndungserfolg



*Eine gerade zu unglaubliche Tat geschah in der Nacht zum 31. Oktober 2001 in der dem Kreiskrankenhaus Herford angeschlossenen Kinderklinik.*

*Ein Unbekannter hatte sich kurz vor Mitternacht über eine außen liegende Balkontreppe Zugang zum zweiten Stockwerk verschafft. Dort hatte er eine angelehnte Tür entdeckt und sich daraufhin in das Krankenzimmer geschlichen, in dem zu dieser Zeit insgesamt vier Personen, zwei Mütter mit ihren kleinen Töchtern, fest schliefen.*

Der Unbekannte, nahm ein nur mit einem Schlafanzug bekleidetes vierjähriges Mädchen aus dem Bett und trug es über den Balkon die Treppe hinunter aus dem Klinikgebäude heraus. Niemand der in dem Raum Schlafenden bemerkte davon etwas.

Das schlafende Kind auf der Schulter tragend, an der anderen Hand sein Fahrrad, ging der Täter dann zu einer nahe gelegenen Wiese, wo er sich an dem Mädchen verging. Dieses erlitt dabei erhebliche Verletzungen. Nach der Tat, nur knapp 50 Minuten später, brachte der Täter das Kind wieder in die Klinik. Beim Versuch, es zurück in sein Krankenhausbett zu legen, weckte er die Mutter auf und ergriff die Flucht – wieder über den Balkon. Die verängstigte Frau alarmierte

das Klinikpersonal, das sofort eine Untersuchung des weinenden Kindes veranlasste. Polizei und Staatsanwaltschaft wurden noch in der Nacht eingeschaltet.

Die Nachricht von der Entführung und dem sexuellen Missbrauch des Mädchens sorgte in Herford für einen Schock und zog ein gewaltiges Medieninteresse nach sich.

In Absprache mit der Staatsanwaltschaft wurde durch die Polizei eine Sonderkommission „Klinik“ eingerichtet. Um das Opfer zu schützen und seine Identität nicht preiszugeben, wurde hier nicht der Name des Kindes verwendet.

Der erste und bedeutendste Hinweis kam von einem Mann, der in der besagten Nacht ebenfalls mit seinem Kind im Kinderklinikum nächtigte. Er hatte den Tatverdächtigen auf dem Balkon gesehen, ihn aber für einen Patientenbegleiter gehalten. Später konnte nach seinen Angaben ein präzises Phantombild erstellt werden, das, wie sich später herausstellte, dem Täter sehr ähnlich sah. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die überaus professionelle und unmittelbare Arbeit des Sachgebietes „Visuelle Fahndungshilfe“ beim Landeskriminalamt. Losgelöst von Bereitschaftszeiten erklärte man sich spontan bereit, den Ermittlern zu helfen.

Das Phantombild erschien am Folgetag bundesweit in den Medien, zudem veran-





Hier stieg der Täter in das Klinikum Herford ein.  
Foto: Polizei Herford

staltete die Herforder Polizei eine groß angelegte Handzettelaktion im Klinikumfeld.

Innerhalb kürzester Zeit gingen danach bei der Polizei rund zweihundert Hinweise ein; vier davon betrafen, unabhängig voneinander, den späteren Tatverdächtigen.

Entscheidend für den schnellen Fahndungserfolg waren dann die Geschehnisse in einer Herforder Großdiskothek in der Nacht zu Sonntag, dem 4. November. Eine junge Frau und ein junger Mann, die dort im Garderobenbereich arbeiteten, bemerkten einen Jugendlichen, der in Begleitung eines Freundes die Diskothek betreten hatte. Anhand des im Eingangsbereich angebrachten Fahndungsplakates glaubten sie eine äußerliche Übereinstimmung mit dem gesuchten Sexualtäter festgestellt zu haben. Das Diskothekenpersonal suchte nun alle Räumlichkeiten ab. Dabei konnte der mutmaßliche Täter auf der Tanzfläche angetroffen werden. Er wurde ins Büro gebeten und dort den zwischenzeitlich alarmierten Polizeibeamten übergeben. Auch diese stellten die verblüffende Ähnlichkeit des, wie sich jetzt herausstellte, 16-jährigen Herforder, mit dem Fahndungsbild fest.

Der Jugendliche wurde festgenommen und an die Sonderkommission „Klinik“ übergeben. In seiner ersten Anhörung verwickelte er sich zusehends in Widersprüche bis er dann endlich ein Teilgeständnis und am Sonntag vormittag ein volles Geständnis abgab. Nach Auswer-

tung vorgefundener DNA-Materials konnte letztlich auch der Sachbeweis positiv geführt werden. Gegen ihn wurde die Untersuchungshaft angeordnet.

Das Geschehen wurde, wie schon geschrieben, von einem riesigen Medienaufkommen begleitet. Weit über hundert Anfragen mit Interviewwünschen aus dem gesamten Bundesgebiet erreichten die Pressestelle, die in Absprache mit der

Staatsanwaltschaft die Medienarbeit übernommen hatte. Auch nach der abschließenden Pressekonferenz am 4. November, in der Oberstaatsanwalt Baumgart und die Leiterin GS, PD'in Wichmann, den Geschehensablauf noch einmal umfassend darstellten, war das Medieninteresse nicht verebbt. Nunmehr waren die unterschiedlichen Boulevardmagazine am Zug, die in Eigenrecherche Interviews von Verwandten, Mitschülern und dem Diskothekenpersonal einzuholen versuchten.

Letztendlich bedankte sich der Behördenleiter, Landrat Hans-Georg Kluge, mit einem Buchpräsent bei den Zeugen, die der Polizei die entscheidenden Hinweise gegeben hatten.

*Polizei Herford*

**TKBO**



**Polizei Diensthose Jeans**  
33,- €  
Farbe: beige  
Material: 100% Baumwolle

Hattinger Str. 738  
44879 Bochum  
Telefon:  
0234 / 940 96 80  
Fax:  
0234 / 940 95 50



**Polizeieinsatzhandschuh "SEK"**  
mit schnitthemmender Kevlar-Einlage  
41,- €  
Farbe: schwarz  
Obermaterial: Leder



**Unterziehrolli**  
Ausführung wie Polizei NW  
20,- €  
Farbe: bambus  
Material: 100% Bw



**Ausrüstungskoppel**  
mit Schnellverschluss  
23,- €  
Farbe: schwarz • Material: Cordura



# ***Gewalt ist keine Privatsache!***



*Das Gesetz zur Änderung des Polizei- und des Ordnungsbehördengesetzes (GV.NRW. 2001, S. 870) ist verabschiedet und am 1. 1. 2002 in Kraft getreten. Mit der Ergänzung des Polizeigesetzes um den § 34 a wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, die es der Polizei ermöglicht, wirksamer als bisher die als „Familienstreitigkeiten“ bezeichneten Gewaltsituationen nicht nur für den Augenblick zu schlichten, sondern dem Opfer von häuslicher Gewalt darüber hinaus für einen Zeitraum von bis zu maximal 20 Tagen eine Schutzsphäre vor weiterer Gewalt zu gewähren. Dieser befristete Schutz bietet für die gefährdete Person die Möglichkeit, in Ruhe die Entscheidung zu treffen, ob sie gemäß dem Gesetz zum zivilgerichtlichen Schutz vor Gewalt-*

*taten und Nachstellungen – Gewaltschutzgesetz vom 11. 12. 2001 – (BGBl. I 2001, 3513) weiteren Rechtsschutz vor dem Familiengericht beantragen soll.*



Opfer von häuslicher Gewalt sind vorwiegend Frauen und Kinder. Aus diesem Grund wird die Schutzfunktion dieser Vorschrift in besonderem Maße dieser Gruppe zugute kommen. Es wäre aber eine Verkürzung des gesetzgeberischen Willens, wenn man die Intention dieser Vorschrift auf den weiblichen Teil der Bevölkerung reduzieren würde; auch Männer sowie alte und kranke Menschen werden Opfer häuslicher Gewalt. Insofern soll die Norm den Schutz vor häuslicher Gewalt generell verbessern.

Dass die bisherigen der Polizei zur Verfügung stehenden Ermächtigungsgrundlagen nicht ausreichten, um einen wirkungsvollen Schutz vor Gewalt zu gewährleisten, hängt insbesondere mit der zeitlichen Begrenztheit der Institute des Platzverweises nach § 34 PolG NRW und der Ingewahrsamnahme nach § 35 PolG NRW zusammen. Die Dauer eines Platzverweises nach § 34 PolG NRW darf nach bisheriger Interpretation einen Zeitraum von 24 Stunden nicht überschreiten; eine mehrtägige Verweisung aus der Wohnung schien schon deshalb nicht gerechtfertigt zu sein, weil hiermit ein Eingriff in das Grundrecht der Freizügigkeit (Art. 11 GG) verbunden war und dieses Grundrecht im Katalog der auf Grund des § 7 PolG NRW eingeschränkten Grundrechte bis-

te für die Anwender der Norm hilfreich sein, da auch begleitende Aufgaben der Polizei in dem Gesetzestext ihren Niederschlag gefunden haben.

Kern der Regelung des § 34 a PolG NRW ist die Ermächtigung der Polizei, eine Person zur Abwehr einer von ihr ausgehenden gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer anderen Person aus einer Wohnung, in der die gefährdete Person wohnt, sowie aus deren unmittelbaren Umgebung zu verweisen und ihr die Rückkehr in diesen Bereich zu untersagen. Mit dieser Rechtsänderung wird eine Grundlage geschaffen, dass nicht mehr das Opfer gehalten ist, zum Schutz vor Gewalt die Wohnung zu verlassen, vielmehr lautet der Grundsatz nunmehr: Der Täter verlässt die Wohnung, das Opfer bleibt.

Da die Verfügungen im Regelfall auf zehn Tage befristet sind, hat das Gewaltopfer auf der Basis dieser Regelung ausreichend Zeit, um zu entscheiden, ggf. nach Einschaltung einer Beratungseinrichtung, ob es einen ergänzenden zivilrechtlichen Rechtsschutz beantragen will. Stellt das Gewaltopfer einen solchen Antrag beim Zivilgericht, so verlängert sich die Dauer der polizeilichen Verfügungen um weitere zehn Tage, gerechnet vom Tag der Antragsstellung. Die kraft Gesetzes eintre-

nach § 34 a PolG NRW als flankierende Maßnahmen für die Regelungen des Gewaltschutzgesetzes haben.

Da die längerfristigen Maßnahmen der Wohnungsverweisung und des Rückkehrverbots eine viel einschneidendere Regelungstiefe besitzen als der bisherige Platzverweis, war es unter Beachtung der Artikel 12 und 14 GG geboten, für besonders begründete Einzelfälle eine Beschränkung der Verfügungen auf Wohn- und Nebenräume zu ermöglichen. Hier ist an Fallkonstellationen gedacht, bei denen Wohn- und Arbeitsstellen räumlich eng miteinander verbunden sind, wobei aber der wirkungsvolle Schutz der gefährdeten Person im Vordergrund zu stehen hat.

Die Regelungen über die Übergabe der benötigten Gegenstände des persönlichen Bedarfs an die betroffene Person, die Aufforderung der Polizei zur Angabe einer Anschrift für gerichtliche und behördliche Zustellungen sowie die Überprüfung des Rückkehrverbots dienen der Ausgestaltung des über mehrere Tage andauernden Zeitraumes der Geltung der polizeilichen Verfügungen. Insbesondere soll verhindert werden, dass die Verfügungen von der betroffenen Person unterlaufen, missachtet oder dass durch die Wohnungsverweisung der betroffenen

## **– Schutz vor häuslicher Gewalt durch § 34 a Polizeigesetz NRW verbessert**

lang nicht aufgeführt war. Auch die polizeiliche Ingewahrsamnahme ist zeitlich eng begrenzt; sie endet spätestens mit dem Ende des Tages nach dem Ergreifen. Der Gesetzgeber hat mit der Regelung des § 34 a PolG NRW eine Norm geschaffen, die eine spezifische polizeiliche Reaktion auf häusliche Gewalt ermöglicht. Die Ausführlichkeit der Regelung im Gesetz dürf-

tende Verlängerung des Schutzes stellt sicher, dass in jedem Falle auch für das angerufene Gericht ausreichend Zeit zur Entscheidung über den Antrag vorhanden ist. Die polizeilichen Verfügungen enden mit Ablauf der dargestellten Zeiträume bzw. mit dem Tag der gerichtlichen Entscheidung. Hieran wird deutlich, welche besondere Funktion die Verfügungen

Person aus ihrem originären Lebenskreis Zustellungsprobleme entstehen.

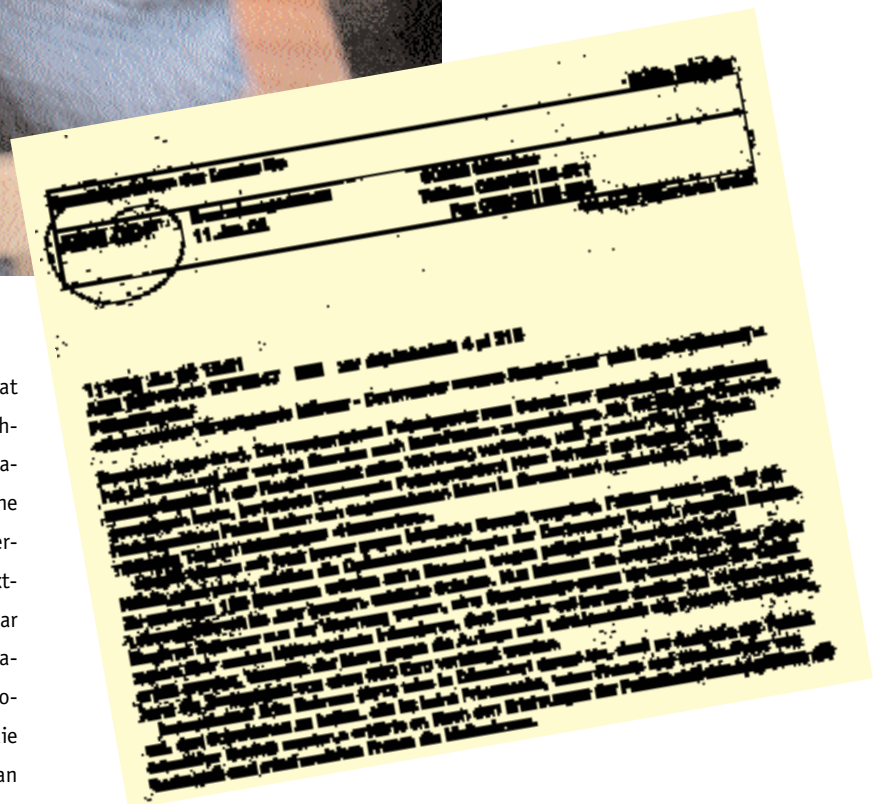
Eine besondere Erwähnung bedarf der Absatz 4 des § 34 a PolG NRW, da in dieser Regelung sowohl eine Informations- als auch eine Beratungspflicht der Polizei gegenüber dem Gewaltopfer enthalten ist. Hierzu gehört die Hinweispflicht auf die Möglichkeit der Beantragung des



weitergehenden Instrumentarien im Interesse von Gewaltopfern zur Geltung gebracht werden.

Niemand macht sich Illusionen darüber, dass häusliche Gewalt allein durch eine Gesetzesänderung zu beseitigen wäre; entscheidend ist aber, dass auch das Polizeirecht verdeutlicht, dass die häusliche Gewalt eben nicht eine „Privatange-

zivilrechtlichen Schutzes. Die Polizei hat der gefährdeten Person eine Inanspruchnahme geeigneter, für diese Aufgabe qualifizierter Beratungseinrichtungen nahe zu legen und darüber hinaus eine Weitergabe von persönlichen Daten zur Kontaktmöglichkeit anzubieten. Dies ist zwar streng genommen nicht der in der parlamentarischen Beratung diskutierte „Proaktive-Ansatz“, soweit man darunter die Weitergabe von persönlichen Daten an eine Beratungseinrichtung ohne oder gar gegen den Willen des Gewaltopfers versteht. Im Hinblick auf die Hilfestellung und Beratung der gefährdeten Person bedeutet es aber nur einen geringen Unterschied. Der besondere Vorteil des § 34a Abs. 4 PolG NRW in der verabschiedeten Form besteht darin, dass er das Selbstbestimmungsrecht des Gewaltopfers unangetastet lässt. Auch die Regelung, dass die Weitergabe von Name, Anschrift und Telefonnummer von einer Willenserklärung der gefährdeten Person abhängig ist, trägt dem Datenschutz unter besonderer Berücksichtigung der Einsatzsituation Rechnung, da zwar eine schriftliche



Einwilligung zur Datenweitergabe vom häufig traumatisierten Gewaltopfer nicht abverlangt wird; die Willenserklärung der gefährdeten Person wird aber in den polizeilichen Einsatzdokumenten protokolliert und dadurch wird dem Bedürfnis nach Rechtssicherheit ausreichend Rechnung getragen. Unzweifelhaft wird der bessere Schutz vor häuslicher Gewalt davon abhängen, dass die Polizeibeamtinnen und -beamten die neue Regelung konsequent, jedoch auch mit Verständnis für die Situation anwenden werden. Nur so können die neuen, gegenüber der bisherigen Rechtslage

legenheit“ ist, sondern eine spezifische und deutliche Reaktion erfordert, die zumindest die Gewaltopfer vor weiteren Gewalttaten schützt und damit die Chance bietet, die Gewaltspirale zu durchbrechen. Erfahrungen in Österreich geben Anlass zu der Hoffnung, dass die Verfügungen der Polizei, verbunden mit den zivilgerichtlichen Entscheidungen, dazu beitragen, die Zahl der Einsätze zu verringern, da die bisher als „Familienstreitigkeiten“ bezeichneten Einsatzlagen seltener in ein und demselben Haushalt zum wiederholten Male geschlichtet werden müssen. ■





Eine qualitativ gute VU-Aufnahme beginnt mit einer professionellen Stauabsicherung, ...  
Fotos Gesamtartikel: Jan Potente

# Lernen vom anderen

## Autobahnpolizeiinspektion Kamen – Nutzen von Qualitätsinformationen zur Verkehrsunfallaufnahme



## Das Projekt

Ein neu zur Dienststelle versetzter Kollege gab den Anstoß für das Projekt.

Er hatte Orientierungsschwierigkeiten bei der Aufnahme von Verkehrsunfällen, weil ihm jeder Streifenführer die „richtige“ Verfahrensweise anders erklärte. Über die Erlasslage hinaus gab es keine Qualitätsstandards zur VU-Aufnahme.

Die Idee eines Qualitätsberichtes (QB) war entstanden. Die einzelnen Arbeitsschritte bei der Verkehrsunfallaufnahme und -sachbearbeitung sollten nachvollziehbar dokumentiert werden, um eine gleichmäßige Qualität von VU-Vorgängen zu gewährleisten.

Das reichte aber noch nicht!

Ein polizeilicher QB basiert weitgehend auf *interne* Qualitätsannahmen. Die Polizei arbeitet so, wie sie es für richtig *hält*. Erwartungen der Bürger (Unfallbeteiligten) und Kunden (Bußgeldstellen, Staatsanwaltschaften) sind darin nicht enthalten, sollten aber Berücksichtigung finden.



... setzt sich fort mit einer umfassenden Beweissicherung, ...



# Autobahnpolizeiinspektion

## Die Vorgehensweise

Durch die Erarbeitung von Qualitätsleit-sätzen und Identifizierung des Prozesses der VU-Aufnahme erkannten die Mitar-beiter, dass zu wenig Konkretes über die Qualität der Arbeit bekannt war.

Im November 1998 wurde eine Arbeits-gruppe aus Mitgliedern und Führungs-kräften der Basis-Organisationseinheiten, Angehörigen der Führungsstelle und des Verkehrskommissariates eingesetzt. Der erste in Workshops erarbeitete **„Qualitätsbericht zur Verkehrsunfallaufnahme“** wurde im April 1999 eingeführt. Zeitgleich wurden Qualitätsstandards für die Verkehrsunfallaufnahme entwickelt. Der QB, dessen Bearbeitung nur wenig Zeit in Anspruch nimmt, enthält Daten zum Verkehrsunfall, die vor Ort erhoben werden.

Ergänzend dazu wurden die Erwartungen der Bürger und Kunden abgefragt.

Für die Entwicklung der **„Speziellen Bürgerbefragung“** konnte auf die Erfahrun-gen aus zwei seit 1999 durchgeführten Bürgerbefragungen zurückgegriffen wer-den.

Das eingesetzte Instrument berücksich-tigte zu wenig die Besonderheiten der Autobahnpolizei. Deshalb wurde mit Unterstützung des PFI „Carl Severing“ Münster ein standardisierter Fragebogen mit 16 Fragen zur Verkehrsunfallauf-nahme erarbeitet.

Neben den mit einer Bewertungsskala von 1 bis 5 („Schulnoten“) versehenen Fragen, konnten Freitextfelder ausgefüllt werden.

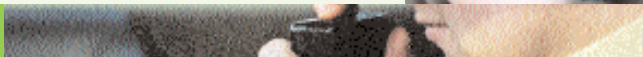
Von den vor Ort mit Anschreiben und Freiumschat an die Unfallbeteiligten ausgehändigten 500 Fragebögen wurden 164 zurückgesandt. Jeder Umschlag konnte durch eine Kodierung der Organi-sation (APHW/APW) zugeordnet werden und ließ Rückschlüsse auf die Art des Un-





... erfordert eine penibele Weiterverarbeitung erhobener Unfalldaten, ...

... u.a. mit dem Einsatz modernster Technik (Handheld), ...



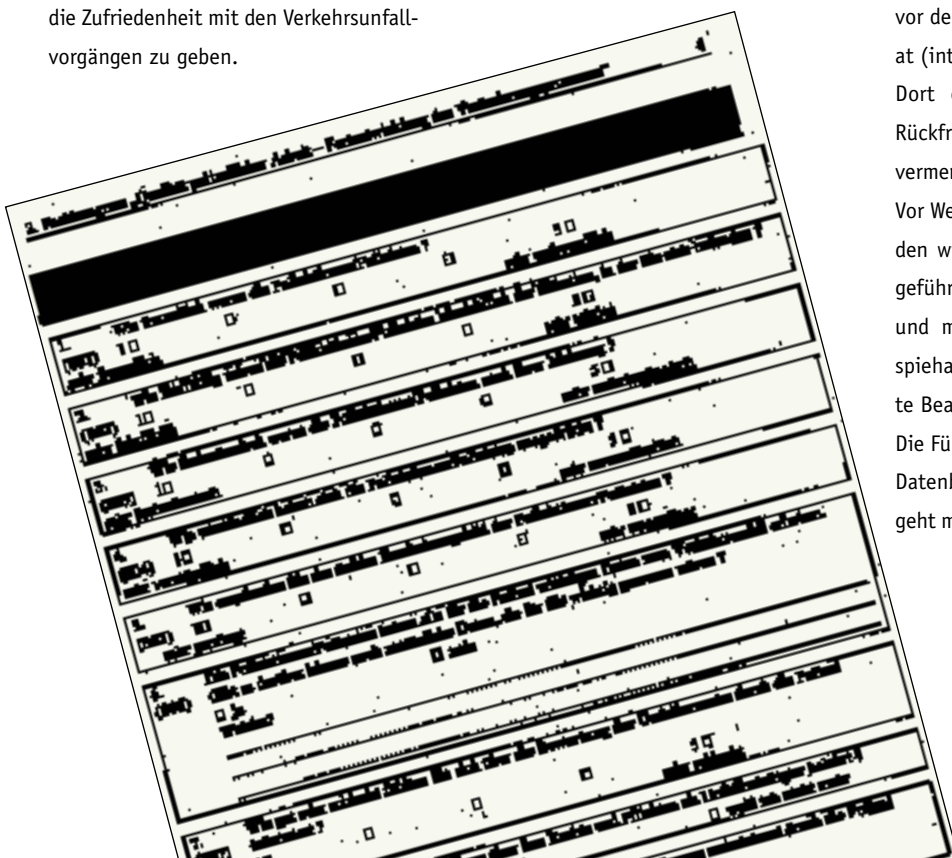
# Kamen

falls (Sach-/Personenschaden) und der Beteiligung (Verursacher/Geschädigter) zu. Darüber hinaus sollte auch die Meinung derjenigen in Erfahrung gebracht werden, die die Arbeit der Polizei fortführen. Deshalb wurden im Rahmen einer **Kundenbefragung** die Staatsanwaltschaften und Bußgeldstellen gebeten, Auskunft über die Zufriedenheit mit den Verkehrsunfallvorgängen zu geben.

Der Fragebogen kann im Wesentlichen durch Ankreuzen beantwortet werden. Der Kunde sollte den Unfallvorgang im Hinblick auf die Erhebung des objektiven und subjektiven Tatbefundes, die Bewertung des Tatvorwurfs einschließlich der rechtlichen Würdigung und Art und Umfang vorgelegter Beweismittel bewerten (gut, akzeptabel oder mit Mängeln).

## Ergebnis

Mittlerweile wird zu jedem Verkehrsunfall ein **Qualitätsbericht** gefertigt und dem Unfallvorgang beigelegt. Der DGL überprüft anhand des Qualitätsberichtes, ob die Qualitätsstandards eingehalten worden sind. Qualitätsmängel sollen erkannt und behoben werden, bevor der Vorgang das Verkehrskommissariat (interner Kunde) erreicht. Dort erkannte Qualitätsmängel sowie Rückfragen und Rückläufe werden im QB vermerkt. Vor Weitergabe des Vorgangs an die Kunden wird im VK die Endkontrolle durchgeführt, der Unfallvorgang wird bewertet und mit einem Qualitätsvermerk (beispielsweise / unbeanstandet / nennenswerte Beanstandungen) versehen. Die Führungsstelle wertet mit Hilfe einer Datenbank die QBe aus. Die Auswertung geht monatlich den Dienstgruppenleitern



... die später Rückschlüsse auf den Unfallhergang zulässt ...



... und endet so ohne Zeitverzug mit einer abschließenden Bearbeitung am PC.



# steuerung und führung.polizei.nrw



Autobahnpolizeiinspektion Kamen

zu. Jede Organisationseinheit kann jetzt die Qualität ihrer Arbeit selbst bewerten, mit anderen vergleichen und gezielt an Verbesserungen arbeiten.

Und es wirkt!

Die **spezielle Bürgerbefragung** hat gezeigt, dass die Befragten, unabhängig von der Art ihrer Beteiligung, zu einem hohen Prozentsatz mit der Unfallaufnahme zufrieden waren (Durchschnittswert: 1,62).

Lediglich der Bereich „Informationen an der Unfallstelle zu Schadensregulierungs-/Versicherungsdaten“ ist nach Ansicht der Befragten verbesserungswürdig. Erste Ansätze zur Deckung des Informationsbedarfs sind entwickelt. Wir werden die Befragung wiederholen.

Die **Kundenbefragung** ist noch nicht abgeschlossen. Erste Auswertungen haben unterschiedliche Ansatzpunkte für Verbesserungen ergeben.

Das Endergebnis wird gespannt erwartet.

## Ausblick

In der nächsten Ausgabe stellt der LR Borken die Vereinbarung von Qualitätsstandards zwischen der Staatsanwaltschaft und der Polizei vor, welche die kundenorientierte Zusammenarbeit verbessern.

## Kontaktadresse

Autobahnpolizei Arnsberg  
API Nord  
Dortmunder Allee 6  
59174 Kamen  
Tel.: 0 23 07/9 21-82 20  
CN-Pol: 07-4 57-82 20





# Verkehrsunfallbilanz 2001



Am 25. Februar 2002 stellte Innenminister Dr. Fritz Behrens in einer Landespressekonferenz in Düsseldorf die polizeiliche Verkehrsunfallstatistik des Jahres 2001 vor. Dabei wies der Minister insbesondere auf die niedrigsten Zahlen bei den Verkehrstoten und Verletzten in NRW seit Beginn der statistischen Erfassung (1953) hin und sprach von einer guten Bilanz für die Menschen in NRW und für die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit.

Die Gesamtzahl aller polizeilich bekannt gewordenen Straßenverkehrsunfälle ist im letzten Jahr um 10 752 (+1,9%) auf 571 219 gestiegen. Dieses bisher höchste Ergebnis wurde durch mehr Sachschäden verursacht, die sich überwiegend in den Wintermonaten Januar, November und Dezember ereigneten. Aber auch die ständig steigenden Zulassungszahlen und Kilometerleistungen machten sich erneut bemerkbar.

Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden sank um 1 370 (-1,8%) auf 72 818. Bei den schwerwiegenden Unfällen mit Sachschaden gab es hingegen erneut einen Anstieg um 284 (+1,2%) auf 24 086, die „sonstigen Sachschadensunfälle“ stiegen um 11 838 (+2,6%) auf 474 315.

Die Zahl der Verkehrstoten ging 2001 zurück, nämlich um 33 (-3,1%) auf 1 025 (Schaubild 1, S. 22). Damit belegt NRW mit 57 Getöteten pro 1 Mio. Einwohner erneut im Bundesvergleich bei den Flächenländern den günstigsten Rang (Bundesdurchschnitt: 85). Auch die Ver-



letztenszahlen haben sich verbessert (Schaubild 2, S. 22): 92 265 Menschen wurden bei Verkehrsunfällen verletzt; das sind 2 113 (-2,2%) weniger als 2000. Im Vergleich zu den übrigen Bundesländern weist NRW damit wiederum die günstigste Verunglücktenhäufigkeit (Verunglückte je 100 000 Einwohner) auf. Die Polizei nahm 2001 durchschnittlich alle 55 Se-

kunden einen Verkehrsunfall auf, alle 6 Minuten wurde ein Mensch verletzt, alle 8,5 Stunden tödlich. Alle 29 Minuten verunglückte ein 18- bis 24-Jähriger, alle 47 Minuten ein Senior und alle 52 Minuten ein Kind. Alle 23 Minuten verunglückte ein Mensch bei einem Geschwindigkeitsunfall, alle 108 Minuten war Alkohol im Spiel (Schadensuhr). ▶

## AUTOKAUF

### zu TOP-KONDITIONEN

▶ Neuwagen

▶ Jahreswagen

▶ Gebrauchtwagen

▶ Fast alle Fabrikate – Enorm günstig!

*Informieren Sie sich!*

*Ihr Ansprechpartner: Kollege Thomas Brockhaus*

## (0 22 07) 76 77

## Verkehrsunfallentwicklung Übersicht Fallzahlen / Opferzahlen NRW 1992 - 2001

Schaubild 1

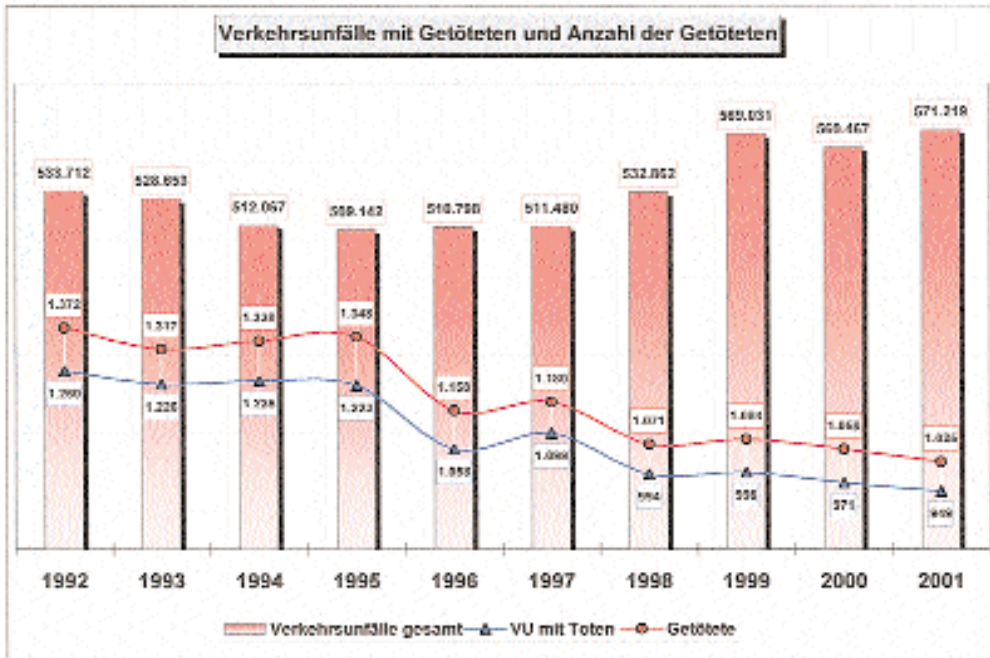
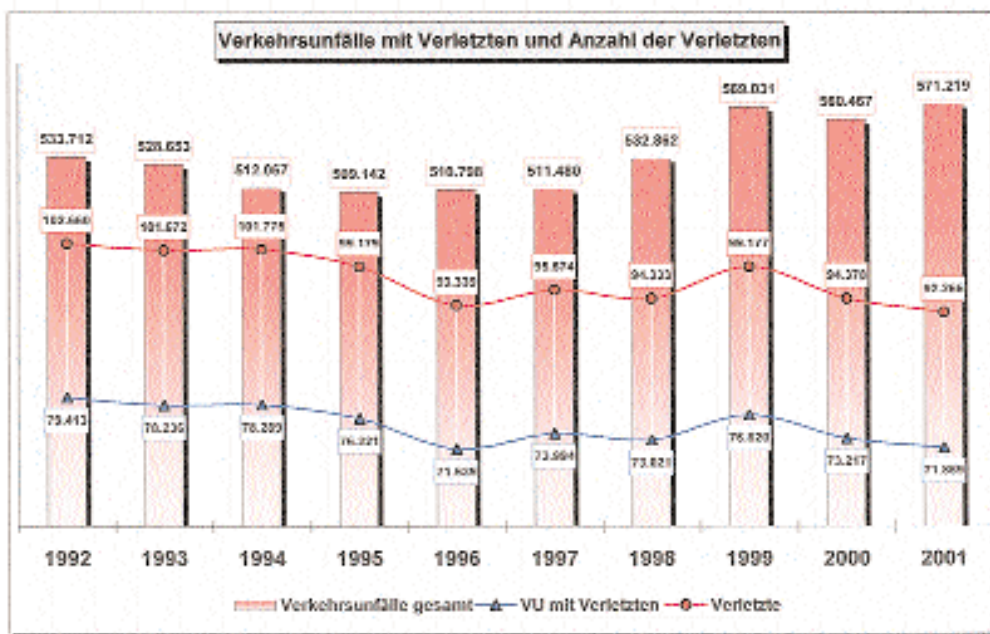


Schaubild 2



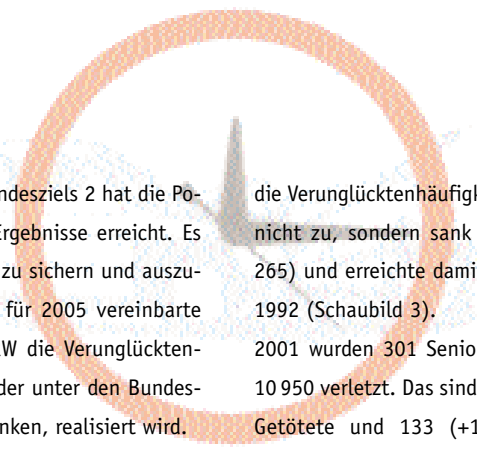
IM NRW

### Kinder (unter 15)

Im letzten Jahr verunglückten 10 106 Kinder, das sind 593 (-5,5%) weniger als 2000. Damit sank die Verunglücktenhäufigkeit auf 345 und erreichte das bisher niedrigste Ergebnis in der Statistik (Schaubild 3, S. 23). Gleiches gilt für die getöteten Kinder, deren Zahl sich um 13 (-28,3%) auf 33 reduzierte. Bei den Schwerverletzten gab es Rückgänge um 273 (-13%) auf 1 835, bei den Leichtverletzten um 307 (-3,6%) auf 8 238. Kinder kamen als aktive Verkehrsteilnehmer in 6 820 (-6,5%) und als Mitfahrer in 3 286 (-3,4%) Fällen zu Schaden. Ihr Verunglücktenanteil betrug je ein Drittel als Radfahrer (33,7%), als Fußgänger (33,1%) und als Mitfahrer in PKW (32,5%). Von den verunglückten Kindern kamen 1 070 (10,6%) auf dem Schulweg als aktive Verkehrsteilnehmer zu Schaden. Das sind 77 (-6,7%) weniger als 2000. Dennoch starben auf dem Schulweg leider sechs Kinder wie im Vorjahr. Kinder sind aufgrund ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung, ihres Bewegungsdranges und ihres oft spontanen Verhaltens nach wie vor besonders gefährdet. Auch wenn die Verunglücktenzahlen sinken, muss den Kindern noch mehr Aufmerksamkeit im Straßenverkehr zukommen. Die Erwachsenen haben verstärkt Rücksicht auf die Kinder zu nehmen und insbesondere Eltern und Erzieher müssen ihrer Schutz- und Vorbildfunktion gerecht werden.

**Bitte besuchen Sie uns:**  
[www.polizeifahrzeuge-in-deutschland.de](http://www.polizeifahrzeuge-in-deutschland.de)





Im Rahmen des Landesziels 2 hat die Polizei bisher gute Ergebnisse erreicht. Es gilt, diesen Erfolg zu sichern und auszubauen, damit das für 2005 vereinbarte Zielausmaß, in NRW die Verunglücktenhäufigkeit der Kinder unter den Bundesdurchschnitt zu senken, realisiert wird.

**18- bis 24-Jährige (Junge Erwachsene)**

Bei den 18- bis 24-Jährigen hat sich der günstige Trend fortgesetzt. Die Zahl der Verunglückten sank um 761 (-4%) auf 18 147 und erreichte damit die bisher niedrigste Verunglücktenhäufigkeit von 1 334 (Schaubild 3).

Die Zahl der Getöteten stieg leider um zwei (+1,1%) auf 178 an, bei den Verletzten gab es einen Rückgang um 763 (-4%) auf 17 969. Bei den Schwerverletzten gab es eine Abnahme um 398 (-10,3%) auf 3 461, bei den Leichtverletzten um 365 (-2,5%) auf 14 508.

Junge Erwachsene verunglückten als aktive Verkehrsteilnehmer in 13 614 (-4,6%) und als Mitfahrer in 4 533 (-2,2%) Fällen. Nach wie vor ist das Verunglückenrisiko junger Menschen im Vergleich zu anderen Altersgruppen deutlich größer, im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil (ca. 7%) ist es fast dreimal so hoch.

Obwohl die Verunglücktenhäufigkeit junger Menschen in NRW im Bundesvergleich günstig ist, hat sich die Polizei weiterhin verstärkt um diese Zielgruppe zu kümmern und insbesondere durch örtliche Aktionen anzusprechen.

**Senioren (60 Jahre und älter)**

Bei den Senioren (60 Jahre und älter) hat sich die Zahl der Verunglückten um 140 (+1,3%) auf 11 251 erhöht. Da gleichzeitig ihr Bevölkerungsanteil stieg, nahm

die Verunglücktenhäufigkeit der Senioren nicht zu, sondern sank auf 262 (2000: 265) und erreichte damit den Stand von 1992 (Schaubild 3).

2001 wurden 301 Senioren getötet und 10 950 verletzt. Das sind sieben (+2,4%) Getötete und 133 (+1,2%) Verletzte mehr als 2000.

Bei den Schwerverletzten gab es einen Rückgang um 162 auf 2 884 (-5,3%) und bei den Leichtverletzten einen Anstieg um 295 auf 8 066 (+3,8%). Senioren ver-

unglückten am häufigsten als PKW-Fahrer (28,2%) und als Radfahrer (26,1%).

Trotz der gestiegenen Unfallfolgen ist die Verunglücktenhäufigkeit der Senioren geringer als die anderer Altersgruppen. Dies gilt allerdings nicht für ihren Anteil bei den Verkehrstoten, hier sind sie stärker betroffen.

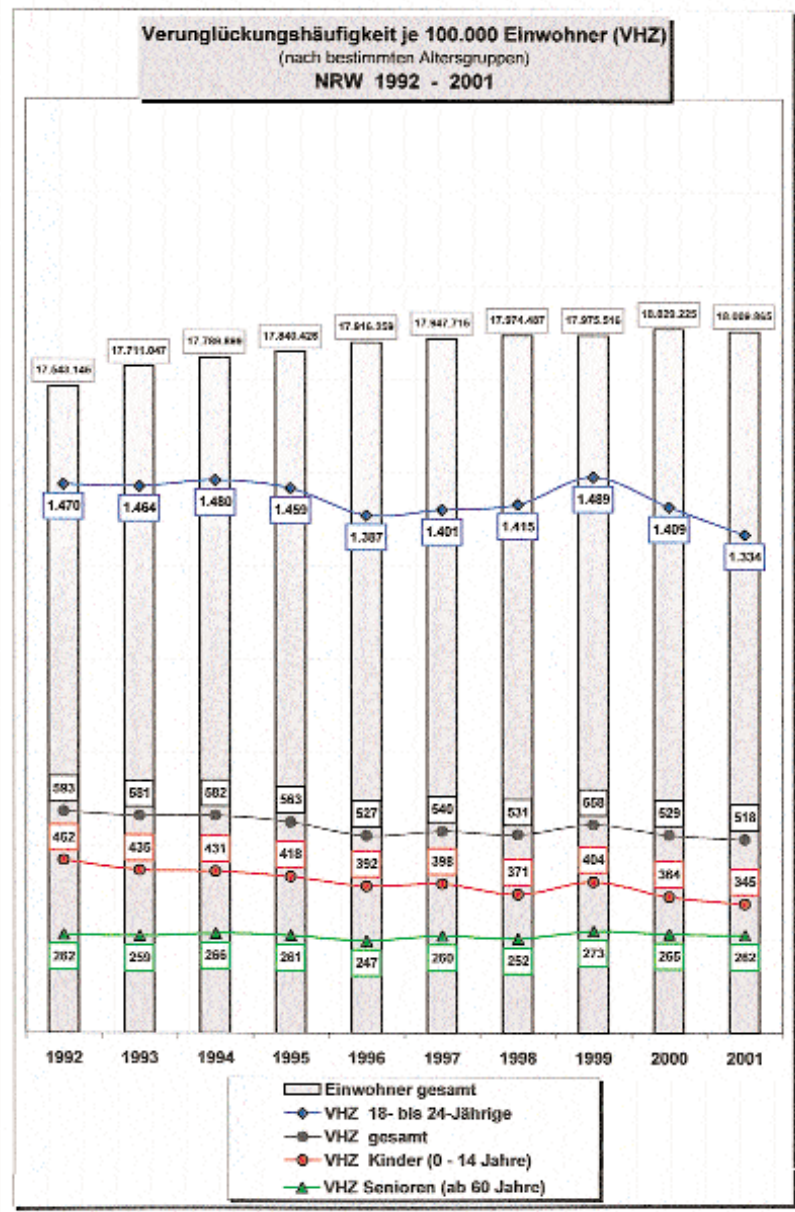
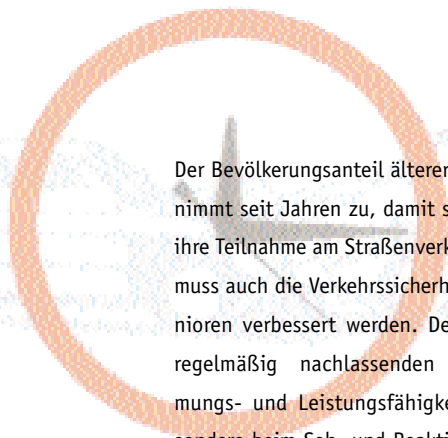


Schaubild 3



Der Bevölkerungsanteil älterer Menschen nimmt seit Jahren zu, damit steigt auch ihre Teilnahme am Straßenverkehr. Daher muss auch die Verkehrssicherheit der Senioren verbessert werden. Der im Alter regelmäßig nachlassenden Wahrnehmungs- und Leistungsfähigkeit, insbesondere beim Seh- und Reaktionsvermögen, begegnen die Senioren bereits mit gesteigerter Vorsicht. Aber auch die Jüngeren müssen sich gegenüber älteren Menschen rücksichtsvoll und partnerschaftlich verhalten.

Gleichzeitig sollen die Beratungsangebote der Polizei, beispielsweise in Seniorenwohnheimen und Seniorentreffs, erhalten bleiben, bei denen altersspezifische Hinweise zur Gefahrenminderung als Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger gegeben werden.

### Zweiradfahrerunfälle

Bei den Unfällen mit motorisierten Zweirädern und Fahrrädern ging die Zahl der Verunglückten insgesamt um 800 (-2,7%) auf 28 349 zurück. Leider star-

ben im letzten Jahr 205 motorisierte Zweiradfahrer, 10 (+5,1%) mehr als im Vorjahr. Bei den Radfahrern waren es mit 120 Verkehrstoten fünf (+4,3%) mehr. Um diese schweren Folgen zu senken, muss die Polizei ihre gezielten Maßnahmen auch in diesem Jahr fortsetzen und den Dialog mit den Zweiradfahrern intensivieren.

### Verkehrsunfällen mit LKW

Im vergangenen Jahr gab es 22 187 Verkehrsunfälle mit LKW, 485 (-2,1%) als in 2000. Dabei verunglückten insgesamt 9 179 Personen, das sind 378 (-4%) weniger als im Vorjahr.

Auffällig sind im Verkehrsgeschehen die so genannten Kleintransporter unter 3,5 Tonnen, die aufgrund ihrer hohen Motorisierung Geschwindigkeiten von 160 km/h und mehr erreichen. Die Fahrer solcher Kleinlastwagen verkennen oftmals die Grenzen der Fahrdynamik, insbesondere bei starker Zuladung. Plötzliche Lenkbewegungen, insbesondere auf nasser Fahrbahn, ein Verrutschen der ungesicherten Ladung bei einem Bremsvorgang oder einer Kurvenfahrt können schnell zum Kontrollverlust über das Fahrzeug führen.

Nach Meinung des Innenministeriums sollte für diese Fahrzeuge eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h eingeführt werden.

### Geschwindigkeitsunfälle

Die schwersten Unfallfolgen gab es auch 2001 bei den Geschwindigkeitsunfällen. Bei 449 (43,8%) der Unfalldoten und 22 535 (24,4%) der Verletzten spielte zu hohe Geschwindigkeit eine Rolle. Diese Zahlen weisen erneut auf die besondere Gefährlichkeit derartiger Verstöße hin. Obwohl die Polizei bei diesem Delikt im letzten Jahr in 1,15 Mio. Fällen Anzeigen und Verwarnungsgelder verhängte, wird immer noch zu schnell gefahren. Deshalb muss sich die Polizei auch künftig intensiv um diese Hauptunfallursache kümmern. Die „Unverbesserlichen“ sind offenbar nur durch häufige Kontrollen und konsequente Sanktionen zu „bremsen“.

### Alkohol und andere berauschende Mittel

Im vergangenen Jahr war bei insgesamt 11 247 Verkehrsunfällen Alkohol im Spiel. Das sind 199 (-1,7%) weniger als 2000. Bei den Verkehrstoten gab es einen Anstieg um 10 (+7,8%) auf 139, bei den Verletzten einen Rückgang um 233 (-4,5%) auf 5 197.

Bei 13,6% aller Verkehrstoten und 5,6% aller Verletzten spielte Alkohol eine Rolle, bei 72,2% der Alkoholunfälle lag der Alkoholspiegel über 1,1%. Diese Werte zeigen, dass die Gefahren des Alkohols im Straßenverkehr immer noch unterschätzt werden und nach wie vor intensiv kontrolliert werden muss.

Unter Einwirkung „anderer berauschender Mittel“ (Drogen) ereigneten sich im letzten Jahr 451 Unfälle, das sind 41 mehr als im Vorjahr. Hierbei verunglückten 328 Personen, zwölf davon tödlich. Das entspricht 1,2% aller Verkehrstoten und 0,3% aller Verletzten. Der Anstieg liegt nicht allein am vermehrten Konsum, son-

**Beamtdarlehen zu Top-Konditionen seit 15 Jahren zinsgünstig und seriös**  
**für Beamte, Angestellte u. Arbeiter im ö. D.**  
 • keine Vorkosten • keine Nachnahme • kleine Raten  
 bis 4.850,-€ ohne Kreditauskunft

**Gebührenfrei anrufen unter**  
**24-h-Service 08 00 / 100 99 48** auch Sa. u. So.

**vermittelt: Servicebüro Natter**  
 Mühlenstraße 36 · 51643 Gummersbach

**Beamten-/Angestellten-Darlehen**  
 Für Beamte a. L., Angestellte u. Arbeiter des öffentl. Dienstes. Festzins ab 5,95%, effekt. Jahreszins ab 6,49%, Laufzeit 14 Jahre. (Beispiel: beim 30jähr. kosten 20 000,- € 211,17 €)

**Blankodarlehen** zum Girokontoausgleich 5 000,- €, mtl. 47,50,- €, effektiver Jahreszins 5,99%, 2,3 Jahre fest (Gesamtlaufzeit 13 Jahre mit Sondertilgung).  
 Darlehen für Hausbesitzer bis 10 000,- €, mtl. 95,- €, effektiver Jahreszins 5,99%, 2,3 Jahre fest (Gesamtlaufzeit 13 Jahre mit Sondertilgung)

**Hypotheken-Darlehen:** Zinssatz 4,65%, effektiver Jahreszins 4,76%, 8 Jahre fest, Ausz. 100%, ges. Laufzeit 22 Jahre, Rate über die ges. Laufzeit fest. Für Kauf, Umfinanzierung, Neu- und Anbauten. Weitere Angebote im Programm. Informieren Sie sich bei unseren fachkundigen Mitarbeitern. **Modernisieren Sie mit KiW-Mitteln.**

**Vermittelt: gutfinanz Kapitalbeschaffung GmbH · Kopernikusstraße 15 · 37079 Göttingen**  
**Fon (05 51) 9 98 98 44 · Fax (05 51) 9 98 98 30 · E-Mail: mphartmann@t-online.de**



dern auch an der gestiegenen Wahrnehmungsfähigkeit der Polizei durch spezielle Schulungen. Die Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Unfallursache wurden 2001 um 25,2% gesteigert und sind weiter zu intensivieren.

Neben den Kontrollen ist es wichtig, durch begleitende Öffentlichkeitsarbeit immer wieder über die Folgen von Alkohol- und Drogenkonsum im Straßenverkehr aufzuklären.

### Autobahnunfälle

Im Jahr 2001 gab es gegenüber 2000 wieder mehr Verkehrsunfälle auf den Autobahnen. Die Zahl wuchs um 1180 (+2,8%) auf 42820. Dabei gab es 121 Verkehrstote, drei (+2,2%) mehr als 2000. Verletzt wurden 8090 Menschen, 154 (-1,9%) weniger als im Vorjahr. 1674 (-7,6%) wurden schwer, 6416 (-2,8%) leicht verletzt. Bei mehr als der Hälfte aller schweren Unfälle spielte er-

neut unangepasste Geschwindigkeit, bei jedem vierten Unfall zu geringer Sicherheitsabstand eine Rolle. Das Unfallgeschehen bestätigt, wie notwendig die polizeiliche Überwachung auf den Schnellstraßen ist.

### Zusammenfassung

Die Unfallstatistik des Jahres 2001 weist, abgesehen von einigen Ausnahmen, eine erfreuliche Entwicklung auf, die an den Trend der vergangenen Jahre anknüpft. Das gilt insbesondere für den deutlichen Rückgang bei den Verkehrstoten und Verletzten. Dazu beigetragen hat die professionelle Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei, die trotz außergewöhnlicher Belastungen im letzten Jahr erfolgreich war. Nun muss versucht werden, auch die Gesamtzahl der Unfälle und damit das Unfallrisiko wieder zu senken. Dass Menschen Opfer von Verkehrsunfällen werden, darf nicht als unabwendbare Begleit-

## Lehrgangstreffen

### zehn Jahre nach F 1

Bitte meldet Euch telefonisch unter 02 02/2 84-26 01, 07-2 45-26 01 oder per E-Mail unter

Claudia.Reimann@wuppertal.polizei.nrw.de

Claudia Reimann

## Tauschgesuch

Polizeihauptmeister aus Sachsen, Polizeidirektion Dresden, sucht dringend Tauschpartner in Nordrhein-Westfalen. Kontakt unter Tel.: 01 70/8 37 47 06 oder E-Mail: Esch1111@aol.com

erscheinung unserer mobilen Gesellschaft hingenommen werden. Unfallverhütung geht alle etwas an, nicht nur die durch Gesetz zuständigen Behörden. Die Menschen im Straßenverkehr müssen sich als Solidargemeinschaft verstehen, in der jeder ein rücksichtsvoller und verantwortungsbewusster Partner des Anderen sein sollte. ■

**Die Nummer für Ihren Anzeigenerfolg! Vereinigte Verlagsanstalten GmbH • Stefanie Heine**

Telefon (02 11) 73 57-6 68

**Beamtendarlehen & günstige Kredite**

Informieren Sie sich über unsere günstigen Angebote!

Keine zusätzlichen Vermittlungskosten!  
Keine Vorkosten! Direkte Abwicklung per Post!  
Unabhängige und kompetente Beratung!

Vermittlung durch Günther Rataczak, Am Knittelberg 39, 76229 Karlsruhe

NEU! Faxbuch: 07 21 19 556 77 11 22 www.beamtendarlehen.de

**Sie arbeiten im öffentlichen Dienst? ... nutzen Sie Ihren Vorteil!**

Exklusiv für Sie: Spezial-Kredite mit langen Laufzeiten und niedrigen Raten. Bis zum 20fachen Monatseinkommen. Schnellste Abwicklung.

Bereits laufende Kredite können ggf. abgelöst werden (wir führen jedoch keine Rechtsberatung durch). Zusatzkredite, KFZ-Finanzierungen und und und

**SPEZIAL-KREDIT-PROGRAMME**

**Angebot** Die großzügige Darlehensvermittlung  
80336 München · Goethestraße 3, direkt am Hauptbahnhof  
**EUROMUENCH ☎ 0 89/59 15 27**

- ★ Attraktive Immo-Finanzierungen für Neu-, Aus- und Umbau sowie Kauf – mit 4,5% variabel, effektiv 5,15%
- ★ Festzinsdarlehen bis 100.000,- € mit Laufzeitanpassung an die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse – auch Tilgungsaussetzung bei entsprechender Bonität möglich
- ★ Nebenherkredite, Teilvaluierungen sogar ohne Partner und Kreditauskunft, bis 20.000,- €

**TOP-Finanzierung** für jeden Verwendungszweck u. a. Bargeld zum Ablösen von teuren Krediten oder überzogenen Girokonten

→ **Beamten-Darlehen** 12 Jahre 5,95% effektiver Jahreszins 6,53% mit garantiertem Festzins 20 Jahre 6,35 % effektiver Jahreszins 6,97%

Beispiele für 32jährige – 20 Jahre Laufzeit – jew. inklusiv Lebensvers.-Beitrag:

15.000,- € monatl. 135,95 €	25.000,- € monatl. 225,30 €
40.000,- € monatl. 358,45 €	50.000,- € monatl. 448,10 €

• Sondertilgungen und Laufzeitverkürzungen möglich •

→ **Angestellten-Darlehen** (sehr günstige Vorsorge-darl., LV-u. Beamtendarl., langfr. Kredite u. Hypotheken.) Fordern Sie Ihr TOP-Angebot kostenlose Abwicklung auf dem Postweg

**Andreas Wendholt**  
Kapital- und Anlagevermittlung  
Prälat-Höing-Straße 19  
46325 Borken

**TEL.-NULLTARIF: 0800-331 0 332**  
Telefax: (0 28 62) 36 04  
E-Mail: info@top-finanz.de  
Internet: www.top-finanz.de

**KAPITALMARKT-RINGELTÄUBCHEN**

- **Gesamtentschuldung zum Hypothekenzinssatz**, besonders geeignet zur Ablösung teurer Darlehensverpflichtungen, Ratenbelastung dadurch um etwa die Hälfte niedriger, zusätzliche Barauszahlung möglich.
- **Darlehen für Beamte und unkündbar öffentl. Bedienstete** Laufzeiten zwischen 10 und 20 Jahren, effektiver Jahreszins ab 6,49% fest für Gesamtlaufzeit.
- **Öffentlicher Dienst:** nach Dienstdauer Sonderkontingente.
- **Baufinanzierung für Neu- und Bestandsimmob.** bis 100% zzgl. Erwerbsnebenkosten
- **auskunftsfreie Auslandskredite**
- **Kredite für die Hausfrau**

**VERA BRUNS**  
FINANZDIENSTLEISTUNGEN  
IMMOBILIEN

30 Jahre qualifizierte Vermittlung, kostenfreie Beratung  
Berliner Allee 30, 40212 Düsseldorf,  
täglich von 8-20 Uhr, samstags 11-16 Uhr

Tel. 0211 / 3 23 00 03 · Fax 3 23 00 05

# Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität in den USA (Teil 2)

von Thomas Schulte, PP Köln

## Verfahrensbearbeitung/ Kommissionsarbeit in den USA

*Thomas Schulte vom PP Köln verbrachte sein Fremdjahr beim Verbindungsbüro der amerikanischen Drug Enforcement Administration (DEA) in Frankfurt. Er vermittelt in dieser „Streife“ seine Eindrücke vom Dienst im amerikanischen Polizeisystem.*

Der Zuständigkeitsbereich der US-Bundesbehörden (DEA oder FBI) in Abgrenzung zu den lokalen Behörden:

Die Zuständigkeit begründet sich nach den amerikanischen Strafzumessungsrichtlinien, deren Erläuterung an dieser Stelle jedoch zu weit führen würde. Für Bundesbehörden gilt, dass sie ab der Stufe 20 der Richtlinien zuständig werden. Hierbei geht es nicht um die Erfüllung von OK-Richtlinien, sondern lediglich um das Bestehen eines Mindesttatbestandes. Im Btm-Bereich wird die DEA nach heutiger Rechtsprechung bei folgenden Btm-Mengen zuständig:

**40 g Heroin, 200 g Kokain,  
8 kg Marihuana**

Grundsatz der Sachbearbeitung ist, dass Verfahren im Wesentlichen durch einzel-

ne Sachbearbeiter durchgeführt werden. Im Rahmen von größeren Umfangsverfahren kann es im Ausnahmefall dazu kommen, dass ein weiterer Sachbearbeiter hinzukommt.

Dieser für deutsche Verhältnisse zunächst unvorstellbar niedrige Personalansatz relativiert sich jedoch schnell, wenn man den Grundsatz der Task Force zugrunde legt: Ein DEA-Sachbearbeiter prüft, von welcher Seite er mögliche Unterstützung benötigt und tritt anschließend in Kontakt mit anderen Behörden. Je nach Sachstand wird der Sachbearbeiter zunächst einen DEA-Analysten für die Mitarbeit konsultieren. Aufgabe des Analysten ist zunächst vorrangig das Beibringen von Anschlussinhabern aus überwachten Telefonen oder aus Verbindungsdaten, die datenbankmäßige Erfassung derselben sowie die Durchführung der notwendigen Personenabklärungen.

Gibt es Hinweise auf Einfuhrschmuggel, wird der Sachbearbeiter einen Mitarbeiter des Zolls konsultieren, um ihn in diesem Sektor unterstützend tätig werden zu lassen.

Für den Bereich der Finanzermittlungen wird der Sachbearbeiter einen Steuer-

fahnder zu Rate ziehen, der umfassende Datenbanken und Sachkenntnis ins Feld führen kann.

Für lokale Ermittlungen wird die örtliche Polizei kontaktiert, die sich je nach ihren Möglichkeiten mit 2–3 Beamten an einem Verfahren beteiligen wird.

Somit besteht dieses Beispielsverfahren nunmehr aus 4–7 Mitarbeitern, einer auch in Deutschland nicht unüblichen Kommissionstärke mit dem Unterschied, dass jeder Mitarbeiter spezialisiert ist und nur seinen Zuständigkeitsbereich abdeckt.

Spezialeinheiten, wie hiesige MEK/SEK, existieren in den USA nur in begrenztem Maße und werden von der DEA so gut wie gar nicht zu Rate gezogen. Vielmehr werden Observationen, Zugriffe und andere operative Maßnahmen in Eigenregie durchgeführt. Dabei greift der Sachbearbeiter auf seine unmittelbaren DEA-Mitarbeiter zurück.

Im Gegenzug ist der Sachbearbeiter natürlich ständig gefordert, auch in anderen Verfahren für andere Sachbearbeiter unterstützend tätig zu werden.

So ist es üblich, dass man sich mit Undercover-Arbeit (VE-Tätigkeit) gegenseitig unterstützt. Spezielle VE-Abteilungen gibt es nicht, jeder Sachbearbeiter kann auch hier eingesetzt werden. Üblich ist,



dass ein Sachbearbeiter einen anderen seiner Gruppe im eigenen Verfahren als Undercover-Agent einsetzt, während er möglicherweise selbst als Undercover-Agent in einem anderen Verfahren eingesetzt wird.

Somit wird gerade in diesem Beispiel praktischer Arbeit ersichtlich, welche hohen Anforderungen an jeden einzelnen Mitarbeiter gestellt werden und welches

Maß an Eigenverantwortung innerhalb dieses Systems besteht.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in den USA andere Schwerpunkte auf Spezialisierungsarten gelegt werden. Sind es in Deutschland insbesondere die operativen Maßnahmen der Spezialeinheiten wie Observation und Zugriff sowie die Führung von VP und VE, die spezialisiert werden, wird in den USA der Schwerpunkt

der Spezialisierung auf die Bereiche Analyse und Finanzermittlungen verlagert.

Weiter kann festgestellt werden, dass das Prinzip der gemeinsamen Ermittlungsgruppen in den USA erheblich verbreiteter ist als in Deutschland:

Zu nahezu jedem Umfangsverfahren wird eine Ermittlungsgruppe, wie oben beschrieben, eingerichtet, wobei der Erfolg, anders als in früheren Jahren, als gemeinsamer Erfolg präsentiert wird. Nach Abschluss des Verfahrens wird die gemeinsame Ermittlungsgruppe wieder aufgelöst.

► <http://www.dea.gov>

The image shows a screenshot of the DEA website homepage. At the top, there is the DEA logo and the text "U.S. Drug Enforcement Administration www.dea.gov". Below this, there is a search bar and a navigation menu with categories like "The Agency", "The Administrator", "News From DEA", and "Congressional Testimony". A prominent news release is featured, titled "More Than 100 Arrested in Nationwide Methamphetamine Investigation". The text of this release states: "On January 10, 2007, the Drug Enforcement Administration, together with the U.S. Customs Service, Internal Revenue Service and the Royal Canadian Mounted Police, announced the arrests of more than 100 individuals in twelve sites in connection with a nationwide investigation targeting the illegal trafficking of pseudoephedrine. Pseudoephedrine is an essential precursor chemical used to manufacture the illegal drug, methamphetamine." Below this, there is another news release titled "DEA Administrator Introduces Innovative Drug Strategy (IDEA)". The text of this release states: "Asst. Hutchinson, Administrator of the Drug Enforcement Administration announced today a coordinated anti-drug plan that combines law enforcement with intensive community follow-up designed to reduce drug demand. The program, entitled 'IDEA' for Intensive Drug Enforcement Assessment with extra..."

# Rechtliche Unterschiede zwischen den USA und Deutschland in der Bekämpfung

*Im folgenden Beitrag sollen wesentliche rechtliche Unterschiede hinsichtlich polizeilicher Standardmaßnahmen dargestellt werden, wobei der Schwerpunkt auf dem Wort Unterschiede liegt. Sind die Voraussetzungen sehr ähnlich (z. B. Vernehmungen, Observationen), wird auf Darstellung verzichtet.*

## Telefonüberwachung (TÜ)

Voraussetzung einer TÜ in den USA ist, dass sie das letzte Mittel im Rahmen einer Ermittlung sein muss. Diese zunächst ähnlich klingende Bedingung wird in der amerikanischen Rechtsprechung jedoch viel wörtlicher genommen als in Deutschland. Aus diesem Grunde werden in den USA nur sehr wenige TÜ-Maßnahmen genehmigt (etwa 850 TÜs im Jahre 1999). Viel gebräuchlicher sind die so genannten Pen Register, die als mildere Maßnahme nur die Verbindungsdaten aktuell aufzeichnen und somit zumindest die Gesprächshäufigkeiten und die Gesprächspartner offen legen.

Wenn es zu einer TÜ kommt, ist es rechtlich nicht möglich, diese aufzuzeichnen und am nächsten Tag abzuhören. Vielmehr ist es durch das Prinzip der Minimierung notwendig, die Telefonüberwachung durchgängig „live“ mitzuhören. Das Prinzip der Minimierung untersagt die Aufzeichnung von strafrechtlich unerheblichen Gesprächsinhalten aus datenschutzrechtlichen Gründen. Sollten sich die Gesprächspartner also eindeutig über unrelevante Inhalte unterhalten,

muss der Sachbearbeiter die Aufzeichnung beenden und darf erst nach Ablauf von zwei Minuten erneut aufschalten, um festzustellen, ob das Gesprächsthema sich geändert hat. Dieses Prinzip ist lediglich in den ersten zwei Wochen nach Aufschaltung außer Kraft gesetzt, um relevante Gesprächspartner anhand der Stimmen auch später identifizieren zu können.

Weiter umfasst die Minimierung alle Gespräche zwischen Anwalt und Klient, zwischen einem Doktor und einem Patienten, einem Priester sowie alle Gespräche mit sexuellem Hintergrund. Keins der vorgenannten Gespräche darf aufgezeichnet oder verwertet werden, es sei denn, es finden sich Anhaltspunkte für die Verstrickung eines bestimmten Anwalts oder Priesters, für diesen Fall ist ein Zusatzbeschluss vonnöten.

Die Anordnung der TÜ erfolgt für 30 Tage, dann muss eine Verlängerung beantragt werden.

## Durchsuchung

Im US-Rechtssystem gibt es im Bereich der Strafverfolgung keine Gefahr im Verzuge. Dies bedeutet, dass die Beamten nur mit einem vom Richter unterzeichneten Durchsuchungsbeschluss eine Wohnung durchsuchen dürfen. Erlaubt ist lediglich das Betreten mit dem Zweck der Sicherung des Objektes bis zum Eintreffen, wenn sich Beschuldigte in der Wohnung aufhalten und mit der Vernichtung von Beweismitteln zu rechnen ist. Dieses

Betretungsrecht umfasst jedoch lediglich das Betreten zum Zwecke der Festnahme bzw. der Sicherung, eine Durchsuchung darf auch in diesem Falle nicht erfolgen. Den großen Nachteil dieser Regelung konnte ich im Rahmen eines Einsatzes mit der DEA New York miterleben, bei dem es zu einem Treffen mit einem Verdeckten Ermittler und einem Kolumbianer kam, der dem VE 200 kg Kokain verkaufen wollte. Für das Treffen hatte der VE den Kolumbianer gebeten, eine Probe mitzubringen.

Nach Verpostung des Treffpunktes durch die DEA New York kam es gegen 13.00 Uhr zum Treffen. Hierbei fuhr eine zweite Person aus dem Täterumfeld vor, die das Kokain präsentierte. Da es sich augenscheinlich um eine größere Menge handelte, kam es gegen 14.00 Uhr zum Zugriff und der Festnahme zweier Kolumbianer sowie der Sicherstellung von etwa 70 kg Kokain.

Eine Stunde später wurde das Haus des Haupttäters verpostet, während ein Mitarbeiter sich zur Anwaltschaft und zum Richter begab, um einen Durchsuchungsbeschluss zu erlangen. Aufgrund der Überlastung des Gerichtes wurde der Beschluss um 1.00 Uhr in der darauf folgenden Nacht unterzeichnet, und daher konnte das Haus erst nach 10-stündiger Verpostung durchsucht werden.

## Vermögensbeschlagnahme („Asset forfeiture“)

Die in den USA übliche Umkehr der Beweislast dürfte hierzulande durchaus bekannt sein, anbei sollen die immensen Möglichkeiten hier kurz dargestellt werden:

Aufgrund der amerikanischen Bestimmungen reicht der „probable cause“, wörtlich die wahrscheinliche Ursache, also die wahrscheinliche Herkunft aus



einer Straftat aus, um Vermögen beschlagnahmen zu können. Wie beim deutschen einfachen Tatverdacht müssen lediglich mehr Anhaltspunkte für eine Straftat als gegen dieselbe sprechen, um das Vermögen beschlagnahmen zu können. Aus den gleichen Gründen können auch Tatmittel oder anderweitige Vermögensmittel sichergestellt werden. Vor oder nach der Sicherstellung ist es natürlich das Recht des Betroffenen (der kein Beschuldigter sein muss, wenn die sonstigen Beweismittel nicht ausreichen), die legale Herkunft seines Vermögens nachzuweisen. Gelingt ihm das

nicht, geht es unmittelbar in den Etat des Department of Justice ein. Aus historischer Sicht wurden die asset forfeiture laws geschaffen, um der Piraterie im 18. Jahrhundert Herr zu werden. Man war in der Lage, Piraten zu bekämpfen und festzunehmen, jedoch wurden die Piratenschiffe nicht sichergestellt. Dies führte dazu, dass „berechtigte Personen“ die Schiffe an ihren Ursprungshafen zurückführten, um mit einer neuen Besatzung erneute Angriffe zu starten. Durch das neue Gesetz wurde es ermöglicht, neben den Festnahmen auch die Tatmittel, also die Schiffe, sicherzustellen,

ohne dass es eines Angriffs bedurfte. Vielmehr genügte Bewaffnung, Personen und äußerer Anschein, um das Schiff als Piratenschiff zu identifizieren und somit die Wahrscheinlichkeit, es handle sich um ein Tatmittel, zu begründen und das Schiff sicherzustellen. Mit Hilfe dieser Bestimmungen konnte die DEA in den 70er Jahren eine Boeing 727 der Eastern Airlines sicherstellen, nachdem diese bereits in hunderten von Fällen zum Kokainschmuggel Südamerika-USA genutzt worden war. Vielfach wiederholte Hinweise an die Fluggesellschaft, die Sicherheitsbestimmungen zu verbessern oder besser zu kooperieren, wurden wieder und wieder ignoriert, sodass die Maschine als Tatmittel sichergestellt wurde, die zum Transport von

► <http://www.usdoj.gov/dea/major/triplex.html>

**DEA**  
U.S. Drug Enforcement Administration  
www.dea.gov

Site Directory | What's New? | Contact Us | Return Home | Back

**Major Operation**  
October 2001

**OPERATION TRIPLE X**

On October 18 and 19, 2001, DEA agents, primarily from the San Diego Division, successfully completed Operation Triple X. The action dismantled a major methamphetamine and MDMA (Ecstasy) drug lab in Ticondilla, California. During the two-day takedown, 20 people were arrested for their participation in the trafficking organization that was capable of producing millions of Ecstasy tablets. Operation Triple X got its name from the "XXX" logo imprinted on some of the Ecstasy tablets produced by the organization.

The success of the operation was the result of tremendous assistance provided by numerous DEA field offices throughout the country, as well as state and local law enforcement agencies that provided intelligence and support.

**Seizures During Operation Triple X**

- 48,000 Ecstasy Tablets
- 1 pound methamphetamine
- 48 kilos of 3,4-Propene (could produce 500,000 ecstasy tablets)
- 700 pounds of Camphor oil (could produce one million ecstasy tablets)
- 45 gallons of GBL (used to produce GHB)
- Many other precursor chemicals and laboratory equipment
- \$429,000 in U.S. currency
- 15 weapons

Countainers of precursor chemicals seized during Operation Triple X.

These chemicals are highly toxic and pose a contamination threat to the community and the environment.

Agents seized over \$400,000 in U.S. currency. Forfeited assets are used to purchase new equipment and conduct counter-drug operations.



Kokain genutzt wurde, auch wenn der Besitzer der Maschine, die Fluggesellschaft, nicht direkt in den Handel verstrickt war. Im heutigen New York, wo unter Bürgermeister Giuliani nach wie vor ein erheblicher politischer Schwerpunkt auf die Verbrechensbekämpfung gelegt wurde, genügt in der Praxis das wiederholte Rauchen von Marihuana in einem Pkw, um den Pkw als Tatmittel sicherzustellen. Dabei ist es nicht nur möglich, benutzte, sondern auch geplante Tatmittel sicherzustellen: Nach erfolgreichen Verhandlungen in der Schweiz kamen Mitglieder eines kolumbianischen Kokainkartells und russische OK-Täter mit Kontakt zur russischen Marine im Jahre 1997 überein, dass die Kolumbianer zwei U-Boote von den russischen Tätern kaufen und zwei

Besatzungen für 2 Jahre „leasen“, damit diese die Kolumbianer in der Handhabung eines U-Bootes unterrichten konnten. Zweck dieser Transaktion war für die Kolumbianer, mit Hilfe der U-Boote immense Mengen Kokains unerkannt in die USA einführen zu können. Die DEA erhielt Kenntnis von diesem Vorgang und stellte das erste ausgelieferte U-Boot im Rahmen der „asset forfeiture“ sicher und konnte dadurch weitere Transaktionen stoppen. Die DEA führt regelmäßige so genannte „interrogations“ im Bereich von Flughäfen durch. Es handelt sich hierbei um Befragungen von Personen mit dem Ziel, diese Personen in Widersprüche zu ver-

stricken und sie dadurch dazu zu bewegen, ihre Gepäckstücke zu öffnen und durchsuchen zu lassen. Kommt es hierbei zu Geldfunden und konnte der „probable cause“, beispielhaft der Rückflug eines vom äußeren Anschein nach mittellosen Kolumbianers nach Kolumbien mit 100 000 \$ im Koffer, begründet werden, so wird das Geld sichergestellt. Um der Einleitung eines Strafverfahrens wegen Geldwäsche zu entgehen, geben viele der Geldtransporteure ihr Geld freiwillig ab und leisten keinerlei Widerspruch. Vielmehr beteuern sie, das Geld nur im Auftrag für andere Personen transportiert zu haben und geben damit das Eigentum auf.

► <http://www.usdoj.gov/dea/major/blackice.html>

**DEA** U.S. Drug Enforcement Administration [www.dea.gov](http://www.dea.gov)

Site Directory | What's New? | Contact Us | Return Home | Back

**Major Operation**  
September 2001  
**OPERATION BLACK ICE**

On September 26, 2001, DEA agents in Southern California and St. Louis, along with local law enforcement, culminated a seven month investigation with the arrest of eleven members of the Jose Serrano heroin trafficking organization. The investigation succeeded in great part because of the cooperation of so many agencies, including: Los Angeles District Attorney's Office, L.A. County Sheriff's Department, Police Departments in Burbank, Downey, South Gate, and St. Louis, Arizona Department of Public Safety, Palm Springs Narcotics Task Force, and the U.S. Customs Service.

Operation Black Ice revealed a violent, geographically diverse, family-based organization with tentacles reaching into Mexico, L.A., Fort Worth, Texas, Las Vegas, Nevada, Portland, Oregon, and St. Louis, Missouri. Law enforcement in all these areas worked diligently to coordinate intelligence and enforcement efforts to disrupt the flow of heroin and money.

At the news conference announcing the arrests, DEA Administrator Asa Hutchinson said, "This case illustrates that heroin trafficking and violence go hand-in-hand. Nationally there is a concern that heroin traffickers are making new inroads into our nation's urban areas. This case is a strong statement that heroin traffickers should not target our neighborhoods."

*Seizure of the over 30 pounds of heroin seized during the investigation. In addition, law enforcement officers seized \$117,000 in U.S. currency during Operation Black Ice.*

*Weapons seized during Operation Black Ice. Arrestees of the Serrano heroin organization were armed in Houston, along with a number of innocent meth users.*

Operation Black Ice resulted in the seizure of a major heroin transportation and the arrest of 20 major heroin traffickers.



Politisch und praktisch wichtige Nebenfolge (neben der Repression gegen den Täter) dieser Gesetzgebung und ihrer Umsetzung ist, dass die DEA durch Vermögensbeschlagnahmen mehr erwirtschaftet, als sie im Rahmen ihres Budgets ausgibt. Auf diese Art und Weise erwirtschaftet die DEA nach Abzug aller, auch der Personalkosten, einen Überschuss.

### Informanten/VP

In den USA gibt es keine begriffliche Trennung zwischen Informant und VP, sondern lediglich den Informanten.

Wesentlicher Unterschied des amerikanischen Systems ist, dass dem Informanten Vertraulichkeit nur bis zum Beginn eines Gerichtsverfahrens zugesichert werden kann. Aus diesem Grunde erfolgt die Vertraulichkeitszusage durch die DEA selbst. Sollten Staatsanwalt, Richter oder Verteidiger im Verfahren zum Schluss kommen, dass der Informant als Zeuge zwingend erforderlich ist, wird er geladen und muss von der DEA präsentiert werden.

Aufgrund der hohen Wahrscheinlichkeit, dass es gar nicht erst zu einem Verfahren kommt (1.), da der Täter kooperiert oder sich zumindest schuldig bekennt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Informant benötigt wird, verringert, da üblicherweise kein Geschworenengericht und somit auch keine umfangreiche Beweisaufnahme stattfinden. Auch wird er nach den Verfahrensumständen erst dann als Zeuge präsentiert oder ins Verfahren eingebracht, wenn seine Aussage absolut unverzichtbar geworden ist. Durch Objektivierung und Überprüfung der Aussagen der Informanten wird die DEA immer versuchen, den Informanten als Zeugen verzichtbar zu machen. Nur in begründeten schweren Gefährdungssituationen kann die Anhörung des Informanten als Zeu-

gen durch den Richter allein unter Ausschluss aller weiteren Verfahrensbeteiligten durchgeführt werden.

Auf der anderen Seite besteht für die DEA die Möglichkeit, auch tatbeteiligten Personen diese Art der Vertraulichkeit zuzusichern. So besteht für die wegen eines Rauschgiftdeliktes festgenommene Person die unmittelbare Möglichkeit einer Kooperation, die dazu führt, dass die Person erst gar nicht in Haft geht, sondern unmittelbar weiter ihren Geschäften nachgehen kann, nur mit dem Unterschied, dass die Person nunmehr als VP für die DEA aktiv ist. Auf diese Art und Weise kann die Person erhebliche Abstriche vom Strafmaß erwarten bzw. je nach Umfang der Kooperation komplett ohne Inhaftierung aus dem Strafverfahren gelangen.

Diese Möglichkeiten haben naturgemäß zur Folge, dass das Aufkommen von Informantenangaben unvergleichbar höher ist als in Deutschland und die DEA sich regelmäßig erfolgreich von der unteren über die mittlere bis zur Führungsebene einer Gruppierung vorarbeiten kann.

Im Falle einer Enttarnung der Informanten kommt es nur äußerst selten zu echten Zeugenschutzmaßnahmen, die nur bei extrem hoch gefährdeten und extrem wertvollen Zeugen greift. Vielmehr wird hier zumeist die Umsiedlung einer Person in eine entferntere Stadt oder ins Ausland als ausreichend erachtet.

Thomas Schulte, PP Köln

(1.) Aufgrund des US-Rechtssystems kommt es in den USA nur dann zu einem Hauptverfahren und damit zu einer Beweisaufnahme, wenn der Täter sich nicht schuldig bekennt. Dies ist jedoch aufgrund der Strafminderung, die durch das Schuldbekennnis erfolgt, eher die Ausnahme.

## ENFORCER<sup>®</sup> PÜLZ GMBH

### 1 ANTI-MESSER-HANDSCHUHE

Außen Leder, innen Spectra (super-resistent) oder Kevlar, schützt Ihre Hände bei Messerangriffen.



Größen: S-XXL.

Kevlar-RFK 300

Best.-Nr.: 5536

Spectra-FM 2000

(schnittfester als Kevlar)

Best.-Nr.: 4526

41,- €

47,- €

### 2 POLIZEI-AUSRÜSTUNGSTASCHE

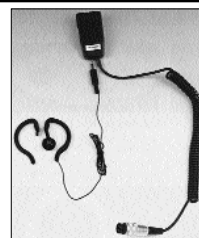
Viele Fächer, Nylon/Cordura

Best.-Nr.: 4468

56,80 €

Schriftzug Polizei, Best.-Nr.: 4205

17,50 €



### 3 SPRECHGERÄT

mit Lautsprecher/Mikro-Funktion. Anschlussstecker passend für Bosch FuG 10 a/13 a (BOS). Diese Sprechrichtung ersetzt die Sprechtaaste am Funkgerät, sodass das Funkgerät in der Tasche bleibt.

Best.-Nr.: 4490

52,50 €

### OHRHÖRER-ANSCHLUSS

passend z. B. für Sprechrichtung 4490. So können Passanten den Funkverkehr nicht mithören. Mit Zusatzbügel für das andere Ohr, 3,5 mm Stecker.

Best.-Nr.: 4488

22,- €

Besuchen Sie uns:  
Mo. bis Fr.: 10.00 bis 18.00 Uhr  
Sa.: 10.00 bis 14.00 Uhr

Neuen Farbkatalog  
abholen oder anfordern:  
ENFORCER GmbH  
Ubstadter Straße 36  
76698 Ubstadt-Weiher  
Tel. (0 72 51) 96 51-0  
Fax (0 72 51) 96 51-14  
Filiale BERLIN: Rankestr. 14  
Lieferungen nur an Behörden,  
Sicherheitsdienste  
und deren Angehörige!

Gute Gespräche, viele Informationen, ein abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm und ein überwiegend sonniger Tag bildeten die Rezeptur für ein gelungenes Veranstaltungsprogramm



# Tag der Begegnung beim Polizei- präsidium Essen

*Mit dem Bibelzitat (Seite 33) aus Jeremia 29, Vers 7, eröffnete Polizeiseelsorger Hans-Jörg Stets den „Tag der Begegnung“ in der Polizeibehörde Essen auf eine nicht alltägliche Art.*

*Er fand mit diesem Zitat nicht nur eine passende Beschreibung für den vorbereiteten Tagesinhalt, sondern er gab damit auch eine Berufsbeschreibung der Polizeibeamtinnen und -beamten wieder, die in einer Großstadt wie Essen alltäglich ihren mitunter nicht sehr einfachen Dienst versehen. Diesem Gottesdienst folgte das Grußwort des Polizeipräsidenten Herbert Schenkelberg, in dem dieser die Bedeutung der Begegnung von Polizei und Bürgern herausstellte. Es sei wichtig, sich kennen zu lernen und sich auszutauschen, um auf diese Weise Ängste, Scheu und Vorurteile abzubauen. Dies gelte insbesondere im Verhältnis zu den ausländischen Mitbürgern.*

Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Polizeipräsidiums Essen hatte gerufen und viele Bürger kamen, um mitzumachen und sich einzubringen, wobei sich die guten Kontakte zu den verschiedenen gemeinnützigen und kulturellen in- und ausländischen Vereinen in der Stadt auszahlten.

Es war schon ein besonderes Erlebnis, als der Deutsch-Tunesische Kulturverein, der größte türkische Moscheeverein der Stadt, der spanische Elternverein und das Zentrum für Türkeistudien ihre Stände im und um das Polizeipräsidium herum aufbauten, ihre kulinarischen Leckerbissen anboten, Lieder und Tänze aus ihrer Heimat vorstellten oder im Gespräch über ihre Bräuche informierten.

Natürlich hatten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Essen eine Vielzahl von Aktionen für ihre Gäste vorbereitet, wobei sich alle Organisationseinheiten der Behörde en-



gagiert einbrachten: Diensthundestaffel mit Vorführung polizeiarbeitbezogener Dressur, Reiterstaffel mit Reitmöglichkeit für Kinder, Spurensicherung mit Möglichkeit der Erstellung eigener Fingerabdrücke, Besichtigung des Gewahrsams, ein Gurtschlitten, der Aufpralle bei verschiedenen Geschwindigkeiten simuliert, Verkehrspuppenbühne, Zauberer, Drogenberatung, Einstellungsberatung für den Polizeiberuf, Fahrrad-, Roller- und Go-Kart-Parcours, Dienstkraft mit Foto-Aktion, Spielmobil, Mitfahren im Streifenwagen, Internet-Café, Selbsterstellen von Phantombildern am Computer, Bürger durften Raser blitzen. Als das SEK sich von dem fünfstöckigen Präsidiumsgebäude abseilte, um mit Schüssen und Blendgranaten eine „Geisel“ zu befreien, standen Fotoapparate und Videokamera nicht mehr still.

Auch Live-Musik für jeden Geschmack tönte aus allen Ecken. So sangen und spielten das weit über die Grenzen Essens hinaus bekannte Schönebecker Jugendblasorchester, das Vokalensemble „Tremonia“, das Bläserorchester des PSV Essen und die „Goodridge-Combo“.

Suchet der Stadt Bestes...  
denn wenn's ihr wohl geht,  
so geht's auch euch wohl.

Erwähnenswert war auch die Gestaltung des Foyers: Es hatte sich in eine Gemädegalerie verwandelt. Ein Beamter des PP Essen und international anerkannter Künstler hatte (nicht nur für diesen Tag) einige seiner Werke als Leihgabe zur Verfügung gestellt. Die Besucher hatten Gelegenheit, mit ihm oder seiner Frau über seine Bilder zu sprechen. Über 5 000 „begegnungsinteressierte“ Bürgerinnen und Bürger, darunter überraschend viele ausländische Mitbürger, nutzten das vielsei-



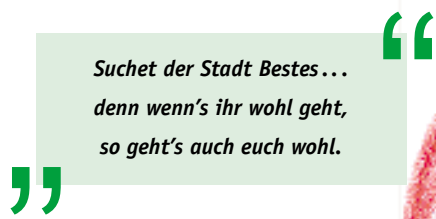
tige Angebot, das in einer dreimonatigen intensiven Arbeitsphase durch einen festen Mitarbeiterstab vorbereitet und organisiert wurde. Der Zufall hatte keine Chance!

Bemerkenswert waren die überaus positiven Rückmeldungen, vor allem seitens der ausländischen Mitbürger, die sich so-

gar in der türkischsprachigen Presse niederschlugen.

Es war sicherlich nicht die letzte Veranstaltung, auf der sich derart viele Menschen unterschiedlicher sozialer, kultureller und nationaler Herkunft in den Mauern des Polizeipräsidiums begegnet sind.

Elke Pop, PP Essen





# Preisrätsel



Südkaff	Klimakatastrophen (Todes)	englische Biermarke	Zeichen für Platin	Azweifellos	Nicht-ansteuer (Kurzwort)
stärkendes Getränk	letzter Tag des Monats		Schaumkrone (Bier)	bewährt, gefestigt	6
Nord-europäer	hundeartiges Raubtier	Schwarzmetall			9
stützender Bauteil				Reklamierung eines Lichtbildes	
Europarecht (Abk.)		Mittelalter	Abk.: Papierwährung		4
Schneidegerät	etw. flache, robuste Eisgerätschaft	indisch: Liebe		alte essig. Hauptzutat	11
		arabisches Genussmittel	Abbildung (Abk.)		5
bestimmter Artikel	griechisches Brustbild				1
			Seemannsjahr	unterer Gesichtsteil	
zu vergrößerter Stunde	Getreideartenbestand	indische Wasserpflanze			
Frauenberuf im Textilgewerbe		indian. Stammeszeichen	Abk.: Nordamerika		
Saugwurm	Teil der Schnecke				2
					3
Schneckenherberge	Registrierung		belgisches Volk		
warme Quark	Süßholz				
					10
Heilstein	Abk.: am angelegten Ort	Auswurf			
					8
					7
Rabenvogel	Stadt in Algerien				

**AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS**

G	L									
T	A	E	U	B	L	I	N	G		
B	F	R	E	M	D	E				
T	R	I	T	T	M	F				
I	W	A	U	R	A					
E	R	E	I	G	N	I	S			
L	O	G	R	N	C	S				
M	P	A	C	H	T					
A	G	A	D	I	R	T				
T	U	N	R	B	I	G				
T	M	A	L	A	G	A				
S	T	A	A	T	U	R				
E	U	T	E	N	G	E				
M	E	E	R	E	N	G				
S	P	U	R	U	E	L				
L	T	S	E	E	L	E				
R	E	E	D	E	R					
R	R	R	N							
O	C	A	P							
K	R	O	E	T	E					
D	N	I								
R	E	P	T	I	L					
A	N	R	E							
O	R	A	N							

Lernerfolg (1-10)

## Pistenspaß im Pulverschnee

### Gewinnen Sie mit „Streife“ 5 Tageskarten!

365 Tage im Jahr können Skifahrer, Snowboarder und Rodler in der **allrounder winter world** die Faszination Wintersport erleben – und dies absolut schnee- und lawensicher. Die Piste ist täglich von 9.00 bis 24.00 Uhr, im Sommer (1. Mai bis 14. September) von 10.00 bis 23.00 Uhr, geöffnet.

Die **allrounder winter world** ist die erste und einzige Indoor-Piste Deutschlands mit richtigem Pulverschnee! Das revolutionäre Kühl- und Beschneungskonzept ist einzigartig und in Deutschland exklusiv nur bei **allrounder** zu finden. Die Events in der **allrounder winter world** sind eine unvergleichliche Mischung aus internationalen Wettbewerben, Veranstaltungen mit Skiprofis wie Herrmann Maier und Florian Eckert und den ausgefallensten Partys. Internationale Skiwettbewerbe wie die Synchro Ski World Championchips oder die Skiboarding World Series bringen nicht nur internationales Flair in die **allrounder winter world**, sondern



vor allem interessante und packende Wettkämpfe direkt vor die Haustür. Zu allen Events gehört immer ein reichhaltiges Unterhaltungsprogramm. Regelmäßig präsentieren außerdem Top-Skigebiete sich und die Highlights ihrer Region in der **allrounder winter world**, in 41472 Neuss, An der Skihalle 1, Tel. 02131/12440.

Ständig aktualisierte Informationen über alle Events finden Sie im Internet unter [www.allrounder.de](http://www.allrounder.de)

Jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte bis zum 28. März 2002 einsenden an:

**Innenministerium NRW**  
**Redaktion „Streife“**  
**Kennwort: März**  
**Haroldstraße 5**  
**40213 Düsseldorf**



# Vorschau auf die April-Ausgabe

## Steuerung und Führung – „Forum Praxis, Teil 4“



Ende letzten Jahres wurden auf dem Fachkongress „Qualität polizeilicher Arbeit“ in Münster Beispiele aus den unterschiedlichsten Bereichen der Polizei NRW präsentiert, die insbesondere aufzeigten, welche Gestaltungsmöglichkeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Veränderungsprozess der Polizei haben.

Als Anregung für die Gestaltung des eigenen Arbeitsplatzes werden daher seit Dezember die Beispiele einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt. Im April stellt die KPB Borken ihr Projekt „Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei in Jugendsachen – Qualitätssicherung“ vor.



„Locker bleiben, gemeinsam gegen Gewalt“, so lautete das Motto einer Projektwoche der KPB Neuss. In enger Kooperation mit zwei Neusser Hauptschulen setzten sich Polizeibeamte, Lehrer und 120 Schüler der sechsten Klasse im örtlichen Jugendzentrum in Workshops auf sehr unterschiedliche Weise mit dem Thema auseinander.

## Jugendgewalt und -kriminalität im Brennpunkt

Einen Rollentausch konnten die Teilnehmer eines Projekttagess beim PAI Linnich in Sachen Jugendgewalt und -kriminalität beobachten. Das Besondere daran: Schülerinnen und Schüler von Duisburger Schulen schlüpften in eine Uniform und damit in die Rolle von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Auszubildende des PAI wiederum spielten den Gegenpart, wie etwa den Jugendlichen, der sein Mofa „frisirt“ hat, den bestohlenen Ladenbesitzer oder die Beteiligten an einem Familienstreit. Die „Streife“ berichtet von diesem Tag, seinen Zielen und Ergebnissen.



**Redaktionsschluss** für die April-Ausgabe ist der **5. 3. 2002**, für die Mai-Ausgabe der **4. 4. 2002**.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Innenministerium  
des Landes  
Nordrhein-Westfalen  
Haroldstraße 5  
40213 Düsseldorf



**Verantwortlich:** Dieter Spalink,  
Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit

**Redaktion:** Ralf Hövelmann, Bettina Niewind

**Anschrift der Redaktion:**  
Innenministerium NRW  
– Öffentlichkeitsarbeit –  
– Redaktion „Streife“ –  
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf  
Tel. (02 11) 8 71- 23 66,  
Fax (02 11) 8 71- 23 44  
CN-PolNRW 07-221-2366  
Internet: [www.streife-online.de](http://www.streife-online.de)  
E-Mail: [streife@im.nrw.de](mailto:streife@im.nrw.de)

**Layout:** Günther Franken

**Verlag, Herstellung und Anzeigen:**  
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,  
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,  
Telefon (02 11) 73 57-0,  
Telefax (02 11) 73 57-507.

**Anzeigenverkauf:** Stefanie Heine  
Tel. (02 11) 73 57-6 68,  
Anzeigentarif Nr. 18 vom 1. Oktober 2001.  
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streife“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

**Bezugsbestimmungen:**  
Die „Streife“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).



# Gut zu wissen:

**Damit Sie für Sicherheit sorgen können, sorgen wir für Ihre Sicherheit.**

Der Spezialversicherer der Polizei, die Polizeiversicherungs-AG, gibt Ihnen die Sicherheit, die Sie erwarten. Individuell, bedarfsgerecht und preisgünstig.

Einige unserer Leistungen für Sie:

- Absicherung der Polizeidienstunfähigkeit
- attraktive Versorgungskonzepte zur Alterssicherung

- maßgeschneiderte Absicherung für den Krankheitsfall
- Unfallversicherung mit Einschluß des Infektionsrisikos
- Kfz-Versicherungen im P-Tarif (exklusiv für Polizeibeschäftigte)
- computergestützte Berechnung der individuellen Versorgungssituation

Überzeugen Sie sich selbst. Sie können dabei nur gewinnen.

Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.



Ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe

## Ihre Ansprechpartner in Nordrhein- Westfalen

FD Aachen	02 41 / 4 77 87-0
FD Arnsberg	029 31 / 52 30-0
FD Bielefeld	05 21 / 5 29 91-0
FD Bochum	02 34 / 9 37 30-0
FD Bonn	02 28 / 9 59 50-0
FD Dortmund	02 31 / 1 35-20 86
FD Düsseldorf	02 11 / 1 60 02-0
FD Essen	02 01 / 8 27 79-0
FD Köln	02 21 / 5 79 91-0
FD Krefeld	02 15 1 / 84 15-0
FD Mönchengladbach	02 1 61 / 9 36 90-0
FD Münster	02 51 / 7 77 71-0
FD Paderborn	05 2 51 / 17 40-0
FD Siegen	02 71 / 50 07-0
FD Solingen	02 12 / 28 07-0
FD Wesel	02 81 / 1 41-0